

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag II., Nerajská 15. • Telefon: 26793, 31460. • (Nachrichten): 26797 • Postfach: 37544

12. Jahrgang.

Freitag, 11. März 1932

Nr. 61.

Vorkonferenz der Donaufürsten in Genf.

Genf, 10. März. (Wolff.) In den letzten Tagen sind die Besprechungen zwischen den hier anwesenden maßgebenden Vertretern der Donaufürsten über die von der französischen Regierung angeregte wirtschaftliche Organisation fortgesetzt worden. Seit gestern weist u. a. der ungarische Außenminister Wállo zu diesem Zwecke hier. Die schon seit einiger Zeit in Aussicht genommene Vorkonferenz der beteiligten Staaten erwartet man in der nächsten Woche nach dem Eintreffen Lardens in Genf.

„Abrüstungskonferenz.“

„Grundlegende Fragen anzuschneiden ist — un-zweckmäßig.“

Genf, 10. März. Wie der Militär- und Marineauschuss haben heute Vormittag auch die Ausschüsse für Luftfahrt- und Budgetfragen ihre Tätigkeit aufgenommen. Besonders schwierig gestaltete sich die Festlegung des Programms im Luftfahrtauschuss, da sich dieser Ausschuss vor die von einigen Ländern aufgeworfene hochpolitische Frage der Abschaffung der Militärflugfahrt mit oder ohne Internationalisierung der zivilen Luftfahrt gestellt sieht. Der deutsche Vertreter, Ministerialrat Fisch, fand die Zustimmung der meisten Delegierten mit dem Hinweis darauf, daß es unzumutbar wäre, die großen grundsätzlichen Fragen anzuschneiden, ehe der Hauptauschuss der Konferenz dazu Stellung genommen habe. Der ebenfalls französische Kriegsminister Duménil machte geltend, daß der Konventionentwurf bereits eine Verbindung zwischen Militär- und Zivilflugfahrt anerkannt habe und daß Frankreich, wenn die Abschaffung oder Beschränkung der Militärflugfahrt zur Debatte gestellt werde, eine vorherige Prüfung der Frage der Internationalisierung der Zivilflugfahrt verlangen müsse. Das Problem der einseitigen Befugnis des Ausschusses blieb offen. Die Debatte über die Diskussionsgrundlage im Budgetauschuss gab sofort Anlaß zu einer Aussprache von grundsätzlicher Bedeutung. Dem Vorschlag des polnischen Delegierten, den Bericht der Budgetkommission von Anfang an den Beratungen zu Grunde zu legen, stimmte der deutsche Delegierte, Oberst Karmann, vollkommen zu. Manche Ausführungen, so erklärte er, hätten aber durch die Währungsveränderungen ihre einstweilige Bedeutung verloren und es sei deshalb notwendig, in diesen Fragen die Arbeiten der Sachverständigen wieder aufzunehmen. Die Frage der Haushaltsänderung sei für die Frage der budgetären Küstungsbeschränkung das Problem, das geprüft werden müsse, ehe man entscheidende Schritte unternehmen könne.

Nachspiel zum spanischen Staatsstreich 1923.

Madrid, 10. März. Die zur Nachprüfung der Verantwortung für den Staatsstreich für 1923 eingesetzte Kommission hat ihren Bericht über die Strafen, die gegen die Urheber des Staatsstreiches, nämlich die Mitglieder des Direktoriums Primo de Rivera und die den Diktaturregierungen vom Dezember 1923 bis Jänner 1928 angehörenden Minister verhängt werden sollen, nunmehr eingereicht. In dem Bericht wird Deportation auf 20 Jahre mit dauerndem Verlust der bürgerlichen Rechte für sämtliche Angeklagten gefordert. Darunter befinden sich der ehemalige König Alfons, die Generale Saroh, Calvo, Frederico Berenguer, Jordana, Amado und viele andere Militär- und Zivilpersonen, unter den letzteren auch Panana. Die Anklage lautet auf Hochverrat. Die konstituierenden Cortes werden als oberstes Gericht, gegen dessen Entscheidung eine Berufung nicht möglich ist, fungieren.

Son Japans Gnaden.

Tschangschun, 10. März. (Reuter.) Unter den Mitgliedern des Geheimen Rates befindet sich auch Tschang-Hai-Pen, der im Herbst vorigen Jahres mit japanischen Truppen den chinesischen General Maitschuan besetzte. Tschang-Hai-Pen ist in der neuen mandchurischen Regierung Kriegsminister.

Berliner Polizeibeamte unter Hochverratsverdacht verhaftet. Der Konspiration mit der Sakentanzleitung überführt.

Berlin, 10. März. Der Polizeipräsident teilt mit: Wegen des dringenden Verdachts, sich des Hochverratsverbrechens schuldig gemacht zu haben, wurden am gestrigen Tage der Polizeileutnant Kurt Lange, der Polizeiwachmeister Schulz-Verlesen und die Buchhalterin Gertrud Müller festgenommen. Die Angeklagten sind überführt, sich Pläne der Polizeieinheiten der politischen Posten- und Munitionslager beschafft und an maßgebende Stellen in der NSDAP weiter geleitet zu haben. Eine noch nicht ermittelte Persönlichkeit, die der Sanktion Berlin der NSDAP angehört, hat die Beschuldigten zu ihrem Vergehen veranlaßt. Die polizeilichen Erhebungen werden fortgesetzt. Im Anschluß an die Vernehmung des Polizeileutnants Lange fand im nationalsozialistischen Parteibüro eine Hausdurchsuchung statt. Polizeileutnant Lange, der ange-

geben hatte, er sei von einem der maßgebenden Führer der NSDAP zu seiner Tat veranlaßt worden, ist zu der Hausdurchsuchung hingezogen worden, um Gelegenheit zu haben, den Anführer bezeichnen zu können. Obwohl ihm aber alle im Parteibüro anwesenden Personen vorgeführt wurden, will Lange niemanden erkannt haben. In dem Verhör, dem Lange unterzogen wurde, gab er schließlich seine hochverräterischen Pläne und Absichten zu. Er will dazu von einer maßgebenden Persönlichkeit der NSDAP angeleitet worden sein. Dieser habe ihm mitgeteilt, daß das Reichsbanner beabsichtige, am kommenden Sonntag die Polizeistationen zu stürmen und die Nationalsozialisten, dadurch veranlaßt, entschlossen seien, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Polizeileutnant Lange weigert sich, den Auftraggeber namentlich zu nennen, er erklärt, ihn nicht nennen zu wollen.

Rundfunkrede Hindenburgs.

Berlin, 10. März. Reichspräsident von Hindenburg hielt heute abends im Rundfunk eine Rede, die von sämtlichen deutschen und 15 amerikanischen Sendern übernommen und auch in Amerika deutsch gehört wurde.

Der bisherige Verlauf des Wahlkampfes habe ihn genötigt, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten und die Gründe darzulegen, die ihn zur Annahme der neuen Kandidatur bewegen hätten. Gleichzeitig wolle er betonen, daß er nicht gewillt sei, die in der letzten Zeit über ihn verbreiteten Unwahrheiten un widersprechen zu lassen. Er habe sich nur aus vaterländischem Pflichtgefühl heraus zur Wiederwahl zur Verfügung gestellt, da die Wahl eines extremen Parteimitglieds von rechts oder links für Deutschland schwere, nicht absehbare Erschütterungen nach sich ziehen würde.

Er rechtfertigt dann namentlich die Unterfertigung des Young-Planes, der das Abriemland befreit habe, und die verschiedenen Anordnungen, zu denen er sich manchmal mit schweren Kufen im Streit gegen das sogenannte System mühen aber zugeben, daß er bei diesen schweren Entscheidungen frei von jeder Bindung aus eigener persönlicher Verantwortung gehandelt habe.

Zum Schluß fordert er zum Zusammenschluß zu einer wahren Volksgemeinschaft auf und erklärt, die Hoffnung nicht aufzugeben, daß Deutschland sich zu einer neuen Einigung zusammenfinden werde. Die Verantwortung vor seinem Gewissen heiße ihn auch diesmal auszuhalten und dem deutschen Volk in Treue zu dienen. Hierfür seine letzte Kraft hinzugeben, habe er sich erneut zur Verfügung gestellt; das sei Ziel und Zweck seiner Kandidatur.

Otto Braun: „Warum Hindenburg?“

Berlin, 9. März. In einem „Warum Hindenburg?“ betitelten Artikel des Sozialdemokratischen Presbiedienstes erklärt der preussische Ministerpräsident Otto Braun u. a.:

Infolge der unsinnigen Politik der Kommunisten ist die Wahl eines Sozialdemokraten ausgeschlossen. Noch viel weniger hat der Kommunist Ausschicht gewählt zu werden. Von Düsternberg oder dem Kandidaten der rotgekleideten Lausendmarische ganz zu schweigen. Den Wählern bleibt nur eine Alternative: Hindenburg oder Hitler. Kann da die Wahl schief fallen? Man sehe sich die Männer an. Die Wahl Hitlers würde das wirtschaftliche Elend bis zur Unerrträglichkeit steigern, politische Unterdrückung, Staatsstreich und Bürgerkrieg zur Folge haben und schließlich die Gefahr des Zerfalls des Reiches heraufbeschwören. Deshalb muß Hitler eine Niederlage bereiten, Hindenburg gewählt werden.

Man kennt in Weltanschauung und politischer Einstellung eine tiefe Kluft von Herrn von Hindenburg, doch hat das Reichliche eine Brücke über diese Kluft geschlagen, die uns zusammenführt und ein in dem Streben, jeder nach seiner Ueberzeugung das Wohl des Volkes zu fördern. Ich habe den Reichspräsidenten kennengelernt als einen Mann, auf dessen Wort man bauen kann, als einen Menschen, dem

Wollens und abgeklärten Urteils, erfüllt von familiärem Pflichtgefühl, das ihn auch veranlaßt hat, trotz seines hohen Alters sich erneut dem deutschen Volk zur Verfügung zu stellen. Ich wähle Hindenburg und appelliere an die Millionen Wähler, die vor sieben Jahren für mich gestimmt haben, und an alle, die darüber hinaus mit meiner Politik Vertrauen entgegenbringen. Zur desgleichen, schlägt Hitler, wählt Hindenburg!

Die Hindenburg-Front holt auf.

Berlin, 10. März. Wenn bis jetzt in der Wahlkampagne die Agitation der Nationalsozialisten noch argen bis ein Übergewicht hatte, so werden die letzten Tage der Kampagne im Zeichen des Hindenburgglanzes stehen, dessen Agitation von Tag zu Tag wächst. In den Berliner Hauptstrassen wurden über die Fahrbahn Aufstellungen gespannt mit der Aufforderung: „Wählet Hindenburg“. Eine gleiche Kampagne ist auch — sehr zum Mißvergnügen der Nationalsozialisten — am Brandenburger Tor angebracht. In den Kinos werden zu Beginn der Vorstellung Propagandafilme vorgeführt, die die verderblichen Folgen der deutschen Uneinigkeit darstellen und zum Schluß das Bild Hindenburgs bringen. Auch die Zahl der öffentlichen Versammlungen, in denen die Wahl Hindenburgs propagiert wird, beginnt die Zahl der nationalsozialistischen Versammlungen zu übersteigen. Die Hauptredner des Hindenburgglanzes sind die Mitglieder der preussischen und der Reichsregierung.

Die Linkspreffe spricht die Erwartung aus, daß die Enthüllung des Planes der Nationalsozialisten, der auf die Besitzergreifung des Berliner Polizeiapparates hinstrebt, einen bedeutenden Einfluß auf die Wähler haben dürfte, da dieser Plan darauf hinarbeiten sollte, daß die Nationalsozialisten an einen Putsch denken und sich darauf vorbereiten. Die Nationalsozialisten wahren sich allerdings gegen diese Beschuldigung und behaupten, daß sie mit dieser Sache nichts zu tun hätten. Aufsehen erregt auch die Auffindung eines geheimen Lagers mit Explosionsstoffen und Bomben bei den Nationalsozialisten in Firmasens.

Blutiger Wahlkampf in Düsseldorf.

Düsseldorf, 9. März. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es heute nachmittags zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu Zusammenstößen. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Schlag leicht verletzt. An der Kirchstraße wurde heute abend ein Stahlhelmer von Kommunisten niedergestochen. Einer Streife der Schutzpolizei gelang es, den Täter zu stellen. Beim Abtransport zur Polizeiwache wurden die beiden Beamten von etwa 20 Kommunisten überfallen, zu Boden gerissen und mißhandelt. Der andere mochte von der Schutzpolizei Gebrauch und verletzte einen der Angreifer. Den Kommunisten gelang es schließlich, den Verletzten zu befreien und sodann die Flucht zu ergreifen.

Der Polizeipräsident hat mit Rücksicht auf diese Vorkommnisse die für morgen angesetzte Wahl demonstration der kommunistischen Partei verboten.

Die Quellen des deutschen Fascismus.

Die Hitlerbewegung nennt sich Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei und legt anscheinend Wert darauf, als Arbeiterpartei angesehen zu werden. Sie hat bei den Wahlen am 14. September 1930 mehr als sechs Millionen Stimmen aufgebracht und vermochte bei einigen Wahlen im lokalen Rahmen ihre Stimmzahl noch zu erhöhen. Zweifellos sind dies nicht durchwegs Stimmen entseelter und radikalisierten Kleinbürger, Beamter und anderer den Mittelschichten entstammender Unzufriedener, sondern in einem verhältnismäßig hohen Maße auch Stimmen proletarischer Kreise. Dieses Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen steht aber in einem auffallenden Gegensatz zu den Wahlergebnissen bei den Betriebsräteahlen in Industrie und Bergbau. Bei diesen Wahlen kamen die Nationalsozialisten überhaupt nicht in Betracht, sie haben nirgends auch nur den geringsten Erfolg aufzuweisen, obwohl sie da und dort mit Unterstützung der Beamten und selbst der Arbeitgeber versuchten, Fuß in den Betrieben zu fassen.

Diese auffallende Erscheinung kann man nicht damit erklären, daß es sich dort um politische und hier um unpolitische Wahlen handelt. Erstens einmal sind auch die Betriebsauswahlwahlen nicht absolut unpolitisch und zweitens kann man unmöglich annehmen, daß die radikalisierten und fanatisierten Nationalsozialisten ihren Neberdualismus just bei Betriebsräteahlen ablegen und sich zum freigewerkschaftlichen Prinzip bekennen. Wie aber erklärt sich der politische Wahlerfolg der Nationalsozialisten und ihre absolute Bedeutungslosigkeit in den Betrieben? Diese Frage scheint uns einer Untersuchung wert, weil hier nicht nur die Ursache des Wachstums der Nationalsozialisten zu liegen scheint, sondern weil hier auch klar und eindeutig Ziel und Absicht dieser Bewegung verborgen sind.

Der Entwicklungsprozess des modernen Kapitalismus hat eine soziale Umschichtung in den kapitalistischen Staaten verursacht und die materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung bestimmend beeinflusst. Je stärker der Kapitalismus eines Landes, je industrireicher es ist, desto stärker mußte die soziale Umschichtung vor sich gehen; in einem so industrireichen Lande also wie Deutschland in ganz besonderem Maße. In der aufsteigenden Kurve der industriellen Entwicklung ist die soziale Umschichtung durch zwei markante Merkmale gekennzeichnet. Der natürliche Ueberfluß an menschlichen Arbeitskräften auf dem Lande und in den Städten suchte und fand die Möglichkeiten der Erfüllung der Lebensbedingungen in der industriellen Lohnarbeit. Die industrielle Produktion verdrängte die handwerkliche Gütererzeugung, hob die Selbständigkeit der Handwerker und Gewerbetreibenden auf. Weiße Schichten des Mittelstandes wurden proletarisiert und die früheren selbständigen Existenzen mußten gleichfalls ihren Lebensunterhalt als Lohnarbeiter suchen. Die Möglichkeiten, den Menschenüberschuß von Stadt und Land und die proletarisierten ehemaligen Selbständigen als Lohnarbeiter in der Industrie unterzukommen, sind in den letzten Jahren immer mehr gesunken und haben schließlich ganz aufgehört. Wandersfräher der Menschenüberschuß und das durch die Industrialisierung proletarisierte bürgerliche Element in die Industriebetriebe ab und ist diese Möglichkeit heute durch die Mechanisierung der Produktion ausgeschlossen, so muß zwangsläufig eine Stauung der arbeitssuchenden und lebenswillenden Menschen eintreten.

Das Meer dieser Menschen wächst ständig und zählt nach Millionen. Die Mehrzahl davon hat kaum jemals etwas vom Klassenkampf gehört, sicher aber nie einen solchen bewußt geführt. Diese Menschen wissen und be-

greifen nicht, daß die Ursache ihres Unfalls der Kapitalismus ist, sie begreifen sein Wesen nicht. Das Land, woher ein Teil von ihnen kam, vermag ihnen keinen Lebensunterhalt zu bieten, sonst wären sie dort geblieben. Für einen anderen Teil, der aus bürgerlichen Kreisen kam, gibt es kein Zurück und in den Städten leben hunderte Tausende Menschen, die heute erwachsen sind und überhaupt noch nie in einer regulären Beschäftigung standen. Diese Menschen sind Proletariat, aber sie fröhnen sich dagegen, es zu sein. Sie sind Opfer des Kapitalismus, ohne es zu begreifen. Sie möchten in die Betriebe und können nicht. Die Not zermürbt sie, ohne in ihnen das Massenerwachen zu wecken. In den Unternehmen, den Betrieben der Produktionsmittel sehen sie ihren Gegner nicht. Das ist vielmehr ihre Hoffnung, von ihnen erhoffen sie Arbeit, Lohn und damit die Erfüllung ihrer materiellen Lebensbedingungen.

Dieser Menschen haben sich nun die Demagogen des nationalen Sozialismus bemächtigt, ihnen eingeredet, die Republik, die Demokratie, der Marxismus seien schuld an ihrem Elend. Haben ihnen versprochen, wenn die früheren politischen Zustände wieder hergestellt seien, würden auch Krise und Not ein Ende haben. Ihnen wird suggeriert, um dies zu erreichen, müßte erst der Marxismus, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie ausgerottet werden. Damit aber haben sie in den Köpfen dieser verzweifelten Menschen eine unheilvolle Ideologie gezeugt. Sie führen den Kampf gegen die Gewerkschaften, gegen die Sozialdemokratie, gegen das Tarif- und Koalitionsrecht, sie führen ihn gegen die in den Betrieben stehenden ausschließlich gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, um sie aus den Betrieben zu verdrängen, um selber hinculturnommen, woran sie, nach ihrer Meinung, durch die freien Gewerkschaften gehindert werden. Sie schwärmen für die politische Diktatur in ihrem Sinne, mit deren Hilfe sie bestimmen wollen, wer in den Betrieben zu sein hat. In ihrer Argumentation spielt der Kampf um den Arbeitsplatz, der Kampf um Arbeit und Brot, eine große Rolle. Aber der Kampf um den Arbeitsplatz ist kein Kampf um das Recht auf Arbeit, sondern ein solcher um die besetzten Arbeitsplätze, von denen sie die anderen verdrängen wollen, um sie selber einzunehmen. Ihr Kampf um Arbeit geht nicht um die Verklärung der Arbeitszeit, um neue Arbeitsplätze oder neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, sondern darum, die bestehenden den anderen zu nehmen.

Kein Wunder, daß diese Bestrebungen die Sympathien des sogenannten Mittelstandes finden. Auch diese Kreise leben nicht in den Besitzern der modernen Produktionsmittel, in den Kapitalisten und Industriellen ihren Gegner, sondern in den Gewerkschaften und der Partei. Und erst recht verständlich ist es, daß die Fabrikanten und Unternehmer die nationalsozialistische Bewegung fördern und unterstützen; erhoffen sie doch von ihr, daß es ihr gelingen werde, sie von den unbequemen Gewerkschaften, von Kollektiv- und Lohnverträgen, von der Betriebsdemokratie zu befreien

und sie wieder zu unbeschränkten Herren und Herrschern in den Betrieben zu machen. Selbst die Partei Degenbergs, die prononzierte Repräsentantin der reichsdeutschen Zahntechnikindustrie, macht mit dem Hitlerfaschismus gemeinsame Sache. Der Nationalsozialismus ist der Konzentrationspunkt des deutschen Faschismus. Dieser „Arbeiterpartei“ geht es nicht darum, das Lebensniveau der deutschen Arbeiterklasse zu heben, die Arbeiterrechte zu erweitern und einen, wenn auch national und regional begrenzten und verwässerten Sozialismus herzustellen. Denn auch das würde immerhin noch eine

Einschränkung des Machtbereiches der Kapitalistenklasse bedeuten. Sie sind bewußt und unbewußt, die Schutztruppe des Kapitalismus und ihr Ziel ist der Faschismus. Faschismus aber bedeutet Ausrottung der sozialistischen Arbeiterbewegung, Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse, Unterdrückung einer jeden freien Bewegung, bedeutet Gewalt Herrschaft über das Proletariat.

Deshalb ist unser Kampf gegen den Nationalsozialismus nicht ein Parteienkampf, sondern ein Kampf um die geistigen und materiellen Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterklasse.

Bankengesetz im Ausblick abgestimmt.

Bankenbetriebsausschüsse im Gesetz verankert. — Inkompatibilitäts-Kompromiß nach langwierigen Verhandlungen!

Prag, 10. März. Nach ganztägigen, mehrfach durch andere Beratungen unterbrochenen Verhandlungen hat der verfassungsrechtliche Ausschuss die Abstimmung über die Bankengesetzvorlage und die zahlreichen Abänderungsanträge in mehreren Gruppen heute durchgeführt. Viel umstritten waren heute lediglich noch die Bestimmungen über die Inkompatibilität von Verwaltungsratsstellen, gegen die die tschechischen Merkantilisten ihren angeblich nur „prinzipiellen“ Widerstand absolut nicht aufgeben wollten. Man suchte die Differenzen zunächst vor Beginn der Ausschusssitzung in einer Klubmännerkonferenz der koalitierten Parteien beizulegen; dies gelang jedoch nicht, so daß der Ausschuss zunächst nur die ersten 19 Artikel annehmen konnte und sich dann auf Nachmittagsverträge. In der Zwischenzeit tagten die politischen Minister, die sich während der Ausschusssitzung am Nachmittag den umstrittenen Artikel zunächst ausliehen und die weitere Abstimmung durchführte, schließlich auf die Formel einigten, wohl Stellen im Vorstand und Verwaltungsrat, nicht aber im Aufsichtsrat für inkompatibel zu erklären. Doch auch damit wollten sich die tschechischen Merkantilisten nicht zufrieden geben, sondern höchstens für die beiden ersten Kategorien die Einholung der Zustimmung des Parlaments fordernden.

Dieser Vorschlag scheiterte jedoch an dem entschlossenen Widerstand der sozialistischen Parteien und so mühten die Merkantilisten gegen 9-Uhr abends doch nachgeben, worauf der Ausschuss, der inzwischen mehrere Stunden gewartet hatte, doch auch noch die Inkompatibilitätsbestimmungen in der von den politischen Ministern vorgeschlagenen Fassung annehmen konnte. Morgen wird sich bereits der Budgetausschuss mit der Vorlage befassen.

Der Ausschuss hat diesmal an der Vorlage zahlreiche Änderungen vorgenommen, wobei auch mehrfach Anregungen von oppositioneller Seite Berücksichtigung fanden. Den sozialistischen Parteien, die in diesen Fragen enge Fühlung mit den Bankbeamtenorganisationen hielten, ist es gelungen, in die Vorlage eine ganze Reihe von wichtigen Verbesserungen für die Beamtenwelt einzufügen. Während nach der ursprünglichen Fassung die Einführung von Betriebsausschüssen in den Banken faktatisch einer Regierungsverordnung überlassen war,

wird nunmehr im Artikel 49 eindeutig die Ansetzung des Gesetzes über die Betriebsausschüsse auf die Banken, Sparkassen und sonstigen Geldinstitute verfügt. In Aktienbanken und sonstigen

Grundkapital hat der Betriebsausschuss das Recht, in die Sitzungen des Vorstandes und Verwaltungsrates seine Delegierten zu entsenden.

Damit wurde damit der zeitlosen Bemühungen der sozialistischen Parteien einer alten Forderung der Bankbeamtenschaft Rechnung getragen und die Folgen der bekannten unglücklichen Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes in dieser Frage beseitigt. Eine weitere für die Beamtenschaft wichtige Bestimmung betrifft:

die Pensionsfonds der Banken, die längstens binnen fünf Jahren von dem sonstigen Vermögen der Bank abzutrennen sind.

Eine Verlängerung dieser Frist kann lediglich in ganz außerordentlichen Fällen der Fürsorgekommission zugesprochen werden.

Genossenschaften können „Mitglieds-sparbücher“ ausgeben.

Von großer Wichtigkeit für die Genossenschaften ist ferner die neue Bestimmung, daß sie für Anlagen ihrer Mitglieder Sparbücher ausstellen können die lediglich durch die Bezeichnung „Mitgliedsparbücher“ von Sparkassensparbüchern im eigentlichen Sinn unterschieden werden müssen. Die betreffende Bestimmung des Artikels 42 lautet wörtlich:

„Für Beschäftigten, welche Kautions- oder andere Pfandgenossenschaften über Sparanlagen ihrer Mitglieder ausstellen, gelten die Bestimmungen der Artikel 13 und 14 (über die Einlagebücher und die Berechtigung zu ihrer Ausgabe) nicht, wenn diese Genossenschaften der Vorchrift des Artikels 2, Zahl 1 des laon bezogenen Paragraphen 2 entsprechen und die angeführten Bestimmungen deutlich als „Mitgliedsparbücher“ bezeichnet sind.

Man darf sich ferner die Bestimmung, daß niemand mehr als 15 Verwaltungsratsstellen verwalten darf; unbedingt davon absehen die alle Bestimmungen, daß Funktionäre der Bank in deren Verwaltung nicht mehr als zehn Verwaltungsratsstellen bekleiden dürfen.

Die Ausdehnung des Bereiches der leitenden Funktionäre auf die Prokuristen wurde fallen gelassen; leitende Beamte sind lediglich jetzt, wenn die Aufsichtsräte oder die Leitung eines Geschäftsbetriebes derselben oder einer selbständigen Abteilung anvertraut ist, wobei im Willensbereich Verhältnisse von hohen Manipulationsabteilungen (Registrierung usw.) aufgenommen werden sollen. Die Prokuristen fallen demnach nicht unter die Bestimmungen über die allgemeine Kündbarkeit des Vertrages der leitenden Funktionäre, wobei zu erwähnen ist, daß derartige Verträge nunmehr höchstens auf zwei Jahre abgeschlossen werden dürfen, bzw. jederzeit sechsmonatig kündbar sind, wenn sie auf unbestimmte Zeit lauten.

In Kraft bleiben jedoch auch für die Prokuristen die scharfen Bestimmungen über die Vertragsaufkündigung im Falle der Notwendigkeit einer Entlassung mit all den unangenehmen Folgen betreffend die Höhe einer Abfertigung, die Verabfolgung der Ruheentwässerung usw. Werden solche Ruheentwässerung nicht aus den Mitteln der Bank gezahlt, sondern aus eigenem Fonds, so tritt die Kündigung nicht ein, sofern allerdings nicht die Rechte und Ansprüche der übrigen Angestellten oder ihrer Hinterbliebenen dem Fonds gegenüber „unverhältnismäßig verfürzt“ würden.

Die Vertreter der bisher allmächtigen Bankgewaltigen setzen im Wege von naturgemäßen Kompromissen außer den bereits erwähnten zweijährigen Dienstverträgen (für bis sechsjährige Verträge waren ursprünglich allen Erstes gefordert worden) lediglich die Milderung einzelner Strafbestimmungen durch, ohne daß jedoch dadurch der gesunde Grundgedanke der verantwortlichen Funktionäre für verlässliche Mißverfolge auch materiell ziemlich ausgedehnt haltbar zu machen, sichtbar durchbrochen worden wäre. So wurde die Haftung für Sparanlagen zeitlich auf sechs Jahre nach der Genehmigung des Rechnungsabschlusses beschränkt und bezüglich des Handelsverkehrs der Bank mit ihren eigenen Funktionären und Angestellten gewisse Erleichterungen zugesprochen. Dem Vorstand wurde ein gewisser Einfluß auf die Anstellung und Beförderung der Mitglieder der Kontrollabteilung eingeräumt, diese jedoch durch einen besonderen Passus in der Ausübung ihres Dienstes gegen Verletzungen, Kündigungen und sonstige Benachteiligungen ausdrücklich geschützt.

Die Möglichkeit der Übernahme der Staatsgarantie für lautierte Banken erfuhr eine Einschränkung; über die Höhe der übernommenen Garantien hat die Regierung der Nationalversammlung bis Ende Juni 1933 Bericht zu erstatten. Weitere Änderungen betreffen Begünstigungen für Banken bei Kapitalüberhebungen und die Errichtung eines Beratungskomitees in Finanzangelegenheiten.

Nicht zuletzt sei erwähnt, daß die hundertbeamtenrechtlichen Anträge der Herren Krumpal, Bacher usw. Die verschiedenen Straffunktionen in Bezug auf Kündigung usw. für leitende, also verantwortliche Funktionäre unbedingt auch auf das Gros der Beamtenwelt ausdehnen wollten, obwohl diese für eine Wirksamkeit in der Bank unmöglich verantwortlich gemacht werden kann, von sozialistischer Seite abgewehrt werden konnten.

Der Deutsche Lehrerbund hat an die deutschen parlamentarischen Verbände folgende Zuschrift gerichtet: Die Gerüchte über geplante Sparmaßnahmen und über die damit im Zusammenhang stehenden Pläne der Regierung auf Kürzung der Bezüge der Staatsangestellten und Lehrer wollen nicht verflümmen. Trotz aller beruhigenden Erklärungen der Regierungstellen scheint es festzustehen, daß die Regierung entsprechende Vorbereitungen trifft. Der Deutsche Lehrerbund wehrt sich auf das schärfste gegen derartige geplante Maßnahmen. Staatsangestellte und Lehrer haben durch die Kürzung der Wechnachzulage wirtschaftlich genug gelitten. Sie können einen weiteren Abbau ihrer hohen Bezüge nicht weiter ertragen, ohne in ihrer Lebensführung auf das schwerste betroffen zu werden. Der Deutsche Lehrerbund ermahnt die deutschen parlamentarischen Parteien und ganz besonders die Regierungsparteien, alles zu tun, um derartige Pläne unmöglich zu machen und so die Angestellten vor der wirtschaftlichen Verelendung zu bewahren.

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wohrle

„Was ist das? Ein Totenwachen? Ein Kinderjagd? O Mutter, wohin so spät in der Nacht? Hast du nicht tagsüber Zeit zu schlafen? Was trägst du da im Arm? Hast du es schon lange gesehen? Was jagst du? Einen toten Kattenkönig? Erlaube, daß ich frage: Was ist das, ein Kattenkönig? O, warum so spät? O, warum so abends? O, schließ dir mein Gesicht nicht! Ist ein ehrlicher Feind nicht eine ehrliche Antwort wert? So fahre dein hin, du alte Teufel! Wäge deine spitzbüchige Gesellschaft dich freisen! Oder möge die Zehrwunde dich und deinen Kattenkönig packen! Mich hingegen soll sie verschonen! Was es für merkwürdige Dinge gibt, ein altes Weib, dem die Klauen nachlaufen! Der Pfaffe Wachs aus Böhmenland hat mir einmal vom Hummelweiland erzählt. Ein alter Landstreicher, windig und abscheulich, der bloß zu preisen braucht, daß ihm allerorts Plagen und Wespen und Hummeln folgen. In einer brunnenden, summenden Welle marшиert er dahin. Fein so was, und vor allem praktisch auf Landfahrt, von keinem Säcker, keiner Polsterbank zu erreichen! Ein Pfiff, und die geschwätzte Waide ist da! Ein Pfiff! Wo kam der aber her? Wieder muß ich mich in den schwarzen Schatten verdrücken. Das Schotenrot schmeckt ja ordentlich Licht aus. Hoffentlich sieht mich keiner hier in meinem Ge-Ed. Ah, du bist's, Totenwachen! O, Wachs, wie hast du mein empfindliches Gemüt durch deine Mahnung erschreckt! Wohin willst du? An den Asten? Ach, in dieser handhübschen Zeit? Treibt wohl irgendwo wie ein Toter an? Was, du hast's im Gefühl, wenn es einen gegen

die Pfähle schwimmt? Hör, wie lange bleibt ein todtschaffender Ertrunkener unten im Trog? So, volle neun Tage? Das ist eine verdammte lange Zeit! Ich möchte nicht neun Tage im Absehwasser schwimmen, nein, ich nicht, ich bestimm nicht! Nein, wenn schon gestorben sein muß, lieber gleich auf der Stelle hin sein, kein mühsames Quälen und Schwören! So ein Herzschlag, verheißt du, Wachs, das wäre etwas Neues! Fort, weg, mitten aus dem Verkehr! Wenn die andern noch totesdum auf Tisch raus! Will die Tür aufmachen, ade, meine Herren, ich marшиert jetzt in ein anderes Zimmer! O, hosiendich! Ich's nicht so verwohnt und so verunglückert wie mein altes! Sonst wäre ja der Umgang sozusagen perflos! Was, es gibt auch welche die gar nicht untergehen, sondern die wie ein Kork die stillen Wasser schwimmen? Was, du träumst jedesmal, wenn dich ein Toter an deine Arbeit ruft? O, so loge, was hast du heute geträumt? Hast du etwa mich davon schwimmen sehen? Hier, mein samenes, toten-schwarzes Wachs? Nein? Nicht? Dann häst' ich also noch mal Schwimmen geholt! Was, sagst du, hat dein heutiger Traumtoter an? Ein gelbes Wachs? Ob du dich diesmal nicht irrst, Totenwachen? Wer trägt hier in Konstanz ein gelbes Wachs, wenn's nicht ein Jud ist, und ein Jud, Wachs, so viel muß du wissen, bringt sich nicht selber um. Der häst' nicht freiwillig Absehwasser. Ein Jude hat zu viel Mores von Abraham's Schatz, die Welt ist ihm überer. Ein gelbes Wachs, du beharrst darauf? Nur eines gibt es in Konstanz, Wachs, und das gehört einem bellangigen Richterrecht bei den Böhmen, einem Jungen aus Prag, dem Herrn Kepka beidientet. Aber der Junge schläft zur Zeit in der steinernen Arche im Knappenbett und wird wohl im Traum an einer Jungfer Brust schwimmen, aber nicht im Abse, vorausgesetzt, daß ihn das Hundsgeschick nicht aufgeweckt hat. Bleib mir vom Leib mit den Träumen, Wachs! Träume sind

Schwärme! Falls du es noch nicht gewußt haben solltest, so wirst du es heute an deinem Selbstwachen sehen! Nein, ich komm nicht weiter mit, Totenwachen, ich schwöre hier ab, zum Klagenhaus hinter. Ich hab in dieser Gegend noch was Lebendiges zu fischen. Hahaha, nein, nicht wie du meinst; kein Bergwachs, nichts Unterirdisches, hundertprozentiges Geschick. Wie selbständig, daß der Kerl da auf dem Mondstreifen dahinjährt! Er sieht mit keinem Bierdeckel und dem gemosten Gesicht selber aus wie ein Ertrunkener. Kein Wunder, daß kein Gefest alle Wasserleichen anzieht wie ein Magnet die Eisen-späne. Ein Totenwachen! Blau Teufel, ich möchte nichts mit ihm zu tun haben! Ins Leben wollen wir, Wachs, nicht wahr, alter Burche, ins Leben! Ins Leben! Ist Herr! Ritter! Ja, er ist's; er trägt die lederne Binde, Janochl, gut Freund, Ritter! Jawohl, mich schickt der Notar. Wo mein Mann ist? Der Hus? Vom Turm Sanct Paul steht er und schreit: „Jeronym! Jeronym!“ Nein, ich bin kein Schurke! Die heilige Jungfrau kann es bezeugen, Ritter! Ich hab ihn aus der Jelle geholt; ich habe alles gehalten, was ich dem Notar versprochen. Es war nicht leicht. Ich hab ihn blind und laud reden müssen, bis er überhaupt mitkam. Aber diese verdammten Hunde, die seit einer Stunde heulen, müssen ihn plattwegs verrückt gemacht haben. Was? Nicht einmal, zehmal hab ich ihm gesagt, daß man hier beim Klagenhaus auf ihn wartet. Nein, er ließ sich nicht abbringen, er mußte unter allen Umständen erst zum Turm Sanct Paul. Nein, wie komm ich dazu? Soll ich mir freiwillig die Zehrwunde auf den Hals laden? Nein, Ritter, so weit geht meine Menschenfreundlichkeit doch nicht. Schließlich hat man was zu verlieren, Herr. Man hat Frau und Kinder, denn man sich erhalten muß. Komm, Ritter, ich habe dem Turmbrüller gesagt, ich würde dich holen! Züher lebt er noch da. Was da mit ihm machen wirst, ist deine Sache

Mein Antrag war, ihn bei den Parfümherren auszubringen. Das hab ich getan. Du bist so still, Ritter? Du zweifelst wohl? Ich schwöre dir, daß ich nicht lüge! Hus ist frei! Hier, sieh, diese Hand hier hat keine Kette aufgeschloffen! Diese Hand hier, diese Verklemmung von fünf Fingern, hat ihn aus seinem Kerker hinaufgeführt! Gehe zum Turm Sanct Paul! Nein, nein, ich laß dich in keine Falle, weder dich, noch einen der andern Böhmen! Nein, nein, dreimal nein, ich habe an keinem von euch als ein Judas gehandelt! Nein! Nein! Nein! Mann, Ritter, hier nicht! So an! Laß deine Wehr stehen! Ich schwöre dir auf den Knien, ich sage die Wahrheit, die reine Wahrheit! Hus ist frei! Nein, großer Gott, Ritter, du launst nicht so grausam sein! Was hab ich dir getan, daß du mein Handgelenk brichst? In das Wasser weg! In es weg, sag ich, oder ich schreie um Hilfe! Ich schreie Wurdio, daß die Welt einbricht! Wurdio! Weg! Weg! Nicht! Nicht! Nicht! ...

18.
Noch immer beharren die Hunde des Heinfels Weg.
Es ist inzwischen im nächtlichen Konstanztogtoller Lärm und Tumult geworden, nicht anders, als ob ein feindlicher Heerhaufen mittwegs der Absehwasser hünde.
Trotz dem strengen Verbot des Rats, zu nachtschlafender Zeit auf die Gassen zu laufen, verlassen die Bürger die Häuser. Jeder möchte wissen, was los ist. Mit Laternen, vorn an die Spitzen langer Stielen gehängt, leuchten die Verwegensten des Nachtwalkes die dunklen Höfen, Kellerhöfe und Etagen ab. Doch ohne Erfolg: Die Ursache des Aufruhrs der Hunde läßt sich nirgends entdecken.
(Fortsetzung folgt.)

Winkelzüge der Mieterchuhfeinde im Wohnungsausgleich.

Prag, 10. März. Heute fand noch längerer Pause wieder eine Sitzung der Wohnungskommission der sozialistischen Parteien statt, in der die von Herrn Kalas würdig repräsentierten Agrarier beider Nationen, unterstützt von den Nationaldemokraten und der tschechischen Gewerkschaft, das Verlangen stellten, daß aus dem Komplex der gesamten Vorlage, die doch ein Wohnungsgesetz auf breiter Basis darstellen soll, lediglich die Bestimmungen über den Mieterzuschuß herausgenommen und zuerst verhandelt werden sollen. Die sozialistischen Parteien setzten sich mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß alle Teile der Vorlage behandelt werden müssen, weil sie ein unteilbares Ganzes bilden; sie wurden dabei auch von den tschechischen Merkmalen unterstützt.

Seitens einiger bürgerlicher Parteien wurde die offizielle Veröffentlichung der Vorlage verlangt, um sie zum Gegenstand einer Diskussion in der breiten Öffentlichkeit machen zu können. (Die vor einigen Tagen auch in einigen deutschen Blättern wiedergegebene Vorlage ist keineswegs authentisch, sondern von einer privaten Korrespondenz herausgegeben und lediglich als buntes Gemisch von Dichtung und Wahrheit zu werten.)

Die Taktik der Parteien der Mieterchuhfeinde geht offenbar dahin, durch Verzögerung der Verhandlungen eine rechtzeitige Verabschiedung des neuen Wohnungsgesetzes zu verhindern und sich dann eine notwendig werdende Verlängerung des bisherigen Provisoriums durch dessen weitere grundlegende Verschlechterung kompensieren zu lassen. Die Vertreter der sozialistischen Parteien machten deshalb nachdrücklich darauf aufmerksam, daß, wenn schon ab 1. Juli das neue Wohnungsgesetz nicht in Kraft treten könne, das bisherige Provisorium ohne jede Änderung verlängert werden müßte.

Die nächste Sitzung des Ausschusses wurde für nächsten Mittwoch anberaumt.

Ewig die alten „Argumente“.

Aus der Rede Bistovshs im Wehrausschuß.

Prag, 10. März. In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses im Senat, über die wir bereits kurz berichtet haben, gab der Verteidigungsminister Bistovsh zunächst einen langen Bericht über die Beschlüsse der vorbereitenden Abrüstungskommissionen sowie über die bisherigen Ergebnisse der Senatsdebatte und die Anträge der einzelnen Delegationen und skizzierte dann den Standpunkt der Tschechoslowakei dahin, daß sie den Entwurf als Grundlage akzeptiere und auch den bekannten französischen Antrag nach vorübergehender Beratung anzunehmen bereit sei; eine wesentliche Herabsetzung des Militärbudgets sei allerdings nur dann möglich, wenn die allgemein vereinbarten Rüstungsbeschränkungen derart seien, daß die Regierung die Herabsetzung vornehmen könne, ohne gegen die „nationalen Pflichten“ und gegen das „Verantwortungsgefühl dem eigenen Staat gegenüber“ zu verstoßen. Unsere Senatsdelegation beschränkte sich zahlenmäßig auf das Mindestmaß und sei eine der kleinsten von allen.

Was die allgemein verlangten Sparmaßnahmen im Militärbudget betrifft, so sagte er darzutun, daß man hier schon gar nicht mehr weiter gehen könne, weil die Sachausgaben schon um 188 Millionen, in einzelnen Abteilungen angeblich schon um 50 Prozent gekürzt worden seien, während die Personalausgaben stabil seien.

Auch bezüglich der Dienstzeitverkürzung vertrat er den alten Standpunkt, daß die Militärverwaltung die 8000 längerdienenden Unteroffiziere nicht zusammenkriegen könne (weil die Militärverwaltung, wie später Genosse Jozl nachholte, die Werbung einfach laboriert). Die Verkürzung würde angeblich keine Ersparungen bringen, weil den 70 Millionen, die weniger für Löhnung, Verpflegung und Ausrüstung ausgegeben würden, Mehrausgaben von 88 Millionen für die längerdienenden und von 30 Millionen für die Reuanstellung von Zivilisten für den Wach- und Werkstättendienst gegenüberstünden. Das Hauptemblem für die Dienstzeitverkürzung liege aber in der noch ungelösten Frage der Einrechnung der Militärdienstzeit in den späteren Zivildienst.

Endlich befaßte sich der Minister noch mit der Frage der Soldatenselbstmorde und wies auf die in letzter Zeit getroffenen Maßnahmen, die Abänderung des Verdverdrertes und den Erlaß betreffend die moralische Erziehung der Soldaten hin, der allen Offizieren und Unteroffizieren in Fleisch und Blut übergeben müsse.

Keine Entgegnung des Gen. Jozl.

Genosse Jozl bedauerte, daß die Nationalversammlung nicht in aller Form und bestimmt ausgesprochen hat, was sie von den Delegierten in Genf fordert: Dafür einzutreten, daß die Abrüstungskonferenz unter allen Umständen zu einem vollen Erfolge geführt wird. Scheitert die Abrüstungskonferenz, dann bedeutet dies eine Katastrophe für die Menschheit. Redner verpflückt dann die sogenannte „Sicherheitsklausel“ und erklärt, es gebe nur eine Sicherheitsklausel, und das ist die allgemeine Abrüstung. Gerade die kleineren Staaten hätten alle Ursache, für die allgemeine Abrüstung einzutreten, weil sie gerade auf dem Gebiete der Rüstungen niemals mit den Großen werden Schritt halten können. Genosse Jozl kommt

Kommt es zur Schanghai-Konferenz?

Vorbehalte von beiden Seiten. — Genf liefert Ausschuhberichte.

Schanghai, 10. März. Eine Note, die den chinesischen Behörden heute durch den japanischen Gesandten überreicht wurde, besagt, daß die japanischen Zivil- und Militärbehörden bereit seien, mit den chinesischen Behörden Verhandlungen gemäß der in der Völkerbundversammlung vom 1. d. M. gefassten Resolution anzuknüpfen.

In der Note wird weiter darauf hingewiesen, daß die Lage an der chinesisch-japanischen Front noch immer sehr beunruhigt sei. Es sei daher unbedingt notwendig, endlich zu einer Einigung wegen der Einstellung der Feindseligkeiten zu kommen.

Die Agentur Indo-Pacific meldet aus Nanking, der Vorsitzende der außerordentlichen chinesischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten habe erklärt, daß die chinesische Nationalregierung an der Schanghai-Konferenz nur teilnehmen werde, wenn Japan völlig und bedingungslos seine Truppen aus Schanghai zurücknehme. Die Schanghaifrage dürfe übrigens nicht von der mandschurischen Frage getrennt werden. Auf Beschluß des Exekutivausschusses der Kommission wird am 1. April eine chinesische Nationalkonferenz zusammentreten.

In Genf: Ausschüsse, Ausschüsse!

Genf, 10. März. Das Büro der Völkerbundversammlung hat heute die Arbeiten über

dann auf das Verlangen des Völkerbundes im asiatischen Norden zu sprechen und verweist darauf, daß dies nur auf die Waffenlieferungen einzelner Staaten sowohl für China als auch für Japan zurückzuführen sei.

Ausführlich beschäftigt sich der Redner dann mit den Erklärungen des Ministers über den bereits durchgeführten „großen Abbau“ der Militärausgaben und über die Dienstzeitverkürzung, gegen die der Minister die altbekannten Einwendungen vorgebracht hat. Dokumentarisch weist Genosse Jozl nach, daß bei der Umwertung der längerdienenden Unteroffiziere seitens der Militärbehörden direkt Sabotage getrieben wird. Redner fordert die endliche Durchführung der Dienstzeitverkürzung und die Verringerung des Präsenzstandes und weist an Hand der Rechnungsabläufe für die Jahre 1924 und 1925 nach, daß — entgegen den Ausführungen des Ministers — sowohl bei der letzten Verabschiedung der Dienstzeit auf 18 Monate, wie bei der Verringerung des Präsenzstandes tatsächlich Ersparungen erzielt wurden.

Zum Schluß befaßte sich Genosse Jozl mit dem Kapitel Soldatenselbstmorde und begrüßt die jetzt ergriffenen Maßnahmen, um die Soldatenselbstmorde zu verhindern. Er ermahnt den Minister noch zu verfügen, daß der besagte Soldat auf Wunsch zu einem anderen Truppenteile verlegt werden kann, damit er sich nicht vor weiteren Schikanen zu fürchten braucht.

Fehlerhafte Devisenbewirtschaftung.

Wir haben in der letzten Zeit schon mehrermals auf die mangelhafte Form hingewiesen, in der gegenwärtig die Devisenbewirtschaftung erfolgt. Auf dieses Thema kommt nun auch eine volkswirtschaftliche Zeitschrift, die „Hospodarska Politika“ zu sprechen. Das Blatt schreibt: „Die erneuerte gebundene Wirtschaft bei der Zuteilung von Devisen und die Regelung der Einfuhr ruft ständig lebhafteste Proteste hervor. Es ist nicht so leicht, den freien Handel durch eine Regelung zu ersetzen, welche auch den jetzt bestehenden Ansprüchen des internationalen Handels, der schon durch den Einfluß der Krise auf ein Mindestmaß beschränkt ist, entsprechen würde. Vorläufig werden wir ohne diese Regelung nicht auskommen und wir müssen uns daher darum kümmern, daß sie wenigstens systematisch durchgeführt wird. So ist es z. B. geschehen, daß eine Stahlfabrik nicht rechtzeitig Devisen für Erzeugnisse erhielt, welche sie unbedingt zur Erzeugung braucht. Ein anderes Mal wurde wieder das Ansuchen von Devisen um Bestand- und Ersatzteile von Grubenlokomotiven, welche man hier nicht bekommt, weil es sich um allgemein bekannte deutsche Erzeugnisse handelt, abgewiesen. Und da die Bergwerke naturgemäß nicht mit defekten Lokomotiven fahren können, mußten sie die Förderung einschränken. Schwierig ist auch die Beschichte mit dem Grubenholz aus Polen. Die Österr. Bergwerke benötigen es, weil es billiger kommt als unseres, sie wären aber bereit slowakisches Holz zu gebrauchen, wenn ihnen die Bahnen Tarifiermäßigungen gewährten. Die Bahnen wehren sich aber dagegen und weil es bei uns, wie bekannt, selten ein Uebermaß von Entgegenkommen gibt, bleibt die ganze Sache vorläufig unerledigt. Es sind dies nur einige Fälle, sie zeigen aber genügend klar, daß diese Einfuhrregelung anders ausschauen muß, wenn wir nicht einerseits wirklich Ueberflüssiges einführen und andererseits den hiesigen Unternehmungen die Einfuhr von Waren verbieten, ohne die sie nicht bestehen können.“

Rebellion der Kapitalisten gegen den Staat.

Unter diesem Titel bringt das gestrige „Právo Lidu“ eine Nachricht, wie der Fabrikant Hofman in Horowitz versucht hat, seine Steuern zu defraudieren. Obwohl sein Unternehmen gut geht, obwohl er 250 Arbeiter beschäftigt und obwohl er über genügende Verhältnisse verfügt, wollte er die schuldigen Steuern nicht bezahlen. Als ihn das Steueramt dazu zwingen

die Entschliegung, die der Bundesversammlung über die Regelung des japanisch-chinesischen Konfliktes vorgelegt wird, abgeschlossen. Wenn der Hauptsatz dieser Entschliegung genehmigt ist, ist an ihrer Annahme durch die Völkerbundversammlung nicht mehr zu zweifeln. Die Entschliegung besagt im einzelnen: Es wird die Einsetzung eines Ausschusses von 19 Mitgliedern beschlossen, der die Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes weiter behandeln wird. Dieser Ausschuh hat der Bundesversammlung so bald wie möglich Bericht zu erstatten, daß die Feindseligkeiten eingestellt und die japanischen Truppen zurückgezogen werden sind. Die Zurückziehung der japanischen Truppen hat sich auch auf die Mandschurei zu erstrecken. Im Eventualfall soll der Haager Gerichtshof um ein Gutachten angegangen werden. — In unterrichteten Kreisen ist man der Auffassung, daß angesichts der großen Schwierigkeiten, denen die Liquidation des Konfliktes begegnet, die Verhandlungen sich wahrscheinlich bis in die nächste Woche hinziehen werden. Die japanische Delegation soll geltend gemacht haben, daß sie nicht in der Lage sei, ohne weiteres den in Vorbereitung befindlichen Entschliegungen zuzustimmen und daß sie hierfür die Genehmigung der Regierung in Tokio einholen müsse.

wollte, sperrte Hofman einfach die Fabrik und entließ alle 250 Arbeiter. Das hat aber das Steueramt nicht abgeschreckt, es stellte fest, daß Herr Hofman auf verschiedenen Einlagebüchern vier Millionen Kronen und auf laufende Rechnung 600.000 K liegen hat. Mit diesem Vorfall hat sich auch die Konferenz der Wirtschaftsmminister beschäftigt, in der Minister Bichyné vorschlug, ein Gesetz auszuarbeiten, das den Staat ermächtigt, in solchen Fällen eine Zwangsverwaltung in der Fabrik einzusetzen. Der Finanzminister wird vorläufig administrative Maßnahmen ansarbeiten, die es ermöglichen, daß der Staat in solchen Fällen zu seinen Steuern kommt.

Wahrscheinlich ist Herr Hofman ein großer Patriot. Aber der Patriotismus geht nur bis zu seiner Tasche.

Berhandlungen mit Ungarn fortgesetzt.

Prag, 10. März. Die handelspolitischen Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn wurden heute wieder eröffnet, um die bisher nicht erledigten Fragen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen. Die beiden Delegationen sind sofort an die Besprechung dieser Punkte geschritten. Die diesbezüglichen Beratungen werden morgen fortgesetzt werden.

Opposition in der Stribrny-Partei.

Wie das „Právo Lidu“ berichtet, besteht auch in der Stribrny-Partei nun eine Opposition, welche sich in der letzten Zeit sehr bemerkbar machte. Sie beschuldigt die Leitung der Partei, daß diese nur gewisse geschäftliche und persönlichpolitische Interessen verfolge und sich machiavelistischer Methoden bediene. Insbesondere sei Bergler von der Partei schlecht behandelt worden, seine finanziellen Verhältnisse hätten ihn gezwungen, außer Landes zu gehen. Die Opposition soll sich besonders gegen den Abgeordneten Stribrny, gegen den Senator Trnobransky und den Redakteur Dr. Rabanek, sämtliche gewesene Nationalsozialisten, richten.

Frankreich und die 40-Stunden-Woche.

Das im Namen der Parlamentsmitglieder der Kommission für Sozialgesetzgebung des französischen Gewerkschaftsbundes sowie der sozialistischen Fraktion der Kammer unterbreitete Gesetz über die Einführung der 40-Stunden-Woche enthält die nachstehenden wichtigsten Bestimmungen:

„In den industriellen und kommerziellen Betrieben und ihren Zweiganstalten, gleichviel welcher Art diese Betriebe sind, d. h. öffentlich oder privat, weltlich oder religiös (selbst wenn sie den Charakter von Fachschulen oder von Wohltätigkeitsorganisationen haben), darf die effektive Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten der beiden Geschlechter und aller Altersklassen 40 Stunden per Arbeitswoche von 5 Tagen nicht überschreiten. Für Berufe, die der Art ihrer Arbeit nach diese Bestimmungen nicht durchführen können, können durch öffentliche Verwaltungsgesetze die 40 Stunden auf eine Zeit von mehr als 5 Tagen verteilt werden.“ (Bei irgendwelchen derartigen Maßnahmen, die auch im Falle „nationaler Notwendigkeit“, bei Unfällen, bei vorbereiteten oder abzulehrenden Arbeiten außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit usw. in Frage kommen, ist ein Einvernehmen mit den zuständigen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter vorgesehen.)

„Die Durchführung der 40-Stunden-Woche darf auf keinen Fall — gleichviel ob der Arbeiter per Stück, Stunde, Tag, Woche, Jahr oder auf Grund irgendeiner anderen Methode entlohnt wird — ein ausschlaggebender Grund für die Herabsetzung des Reallohnes bzw. Verdienstes sein.“

„Das Gesetz gilt auch für Agrier, die Kolonien und Protektoratsgebiete.“

Frankreich und Japan.

Paris, Anfang März 1932.

In den letzten Wochen konnte man an der Pariser Börse viel Geld verdienen. Die Werte stiegen. Man gab sich der Illusion hin, ein guter Krieg zwischen China und Japan werde den Abzug des französischen Marktes fördern. So veröffentlichte zum Beispiel die Hotchkiss-Gesellschaft am 11. Febr. folgende Notiz: „Unser Automobilverkauf geht flott vonstatten. Im letzten Jahr verkauften wir für 250 Millionen. Im Januar setzten wir bereits 10 Prozent mehr um als im Januar vorigen Jahres. Auch mit unseren Aufträgen an Kriegsmaterial können wir ganz zufrieden sein. Wie schon der Präsident in der letzten Aktionerversammlung sagte, entwickelt sich unsere Abteilung Kriegsmaterial so gut, daß sie bald ebenso groß sein wird wie unser Automobilbetrieb. Im Moment haben wir für 200 Millionen Franken eine Bestellung aus Japan, wovon die Hälfte bereits geliefert ist, und weiterhin wurden von Brasilien Maschinengewehre für 500 Millionen Franken bestellt.“

Tardieu hatte in seiner Kammererklärung vor zwei Wochen kein Wort über den chinesisch-japanischen Konflikt gesagt. Das hätte Briand nie gewagt. Von den Abgeordneten Marcel Cachin wurde die Regierung dann angefragt: „Ist es wahr, daß man in der Pulverfabrik von Saint-Chamos feierhaft japanische Aufträge ausführt? Ist es weiterhin wahr, daß im Hafen von Bordeaux dauernd ganze Waffenlager nach dem Fernen Osten verladen werden? Man sagt, daß es zwischen Tokio und den Diplomaten des Quai d'Orsay einen Geheimvertrag gibt. Man berichtet, die japanische Regierung hätte zur Bezahlung des Kriegsmaterials von den französischen Banken Kredite erhalten. Die ausländischen Zeitungen berichten, diese Kredite betragen mehrere Hunderte von Millionen. Wir erlauben die Regierung uns hierauf Antwort zu geben.“

Eine Antwort kam nicht. Die französische Regierung denkt gar nicht daran, den Munitionsfabriken die Lieferung von Kriegsmaterial nach Japan zu untersagen, und so verherberlicht die französische Presse weiterhin die kriegerische Aktion Japans. „Not kennt kein Gebot“, schrieb das nationalistische „Echo de Paris“ zur Verteidigung der japanischen Militärausgabe am 21. Febr. Als aber am 4. August 1914, dem Tage an dem Deutschland Frankreich den Krieg erklärte, der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg im Reichstag die Verletzung der kriegerischen Neutralität ebenfalls mit „Not kennt kein Gebot“ zu rechtfertigen suchte, da dachte daselbe „Echo de Paris“ ganz anders über den Fall.

Die französischen Nationalisten behaupten auch, China bedeute Anarchie und Chaos. Aber mit Recht wird ihnen von der französischen Linken entgegengehalten, daß vor dem Krieg die Alldeutschen die Teilung Polens im 18. Jahrhundert damit zu begründen suchten, daß sie sagten, die Rechte einer höheren Zivilisation müßten über chaotische Zustände siegen. Die augenblickliche Haltung der französischen Nationalisten ist sogar noch mehr zu verurteilen als der damalige Standpunkt der Alldeutschen, weil man nach dem Krieg den Völkerbund geschaffen hat.

Die überschlauen Rechtsleute wollen aber vor allem den japanisch-chinesischen Konflikt für ihre eigene innerfranzösische Politik ausnützen. In zwei Monaten bei den französischen Wahlen geht es um die Frage Krieg oder Frieden. Die Rechte kämpft gegen die Abrüstung. China hat seit 1894 keine Kriegsschiffe mehr. So schreibt das „Echo de Paris“ vom 8. Febr.: „Würde China eine seiner Größe entsprechende Kriegsschiffe haben, so würde der chinesisch-japanische Konflikt schon ganz anders verlaufen sein. China ist das typische Beispiel einer Nation, die abgerüstet hat, bevor ihre Sicherheit garantiert ist“, und so ist auch der betreffende Artikel, der von einem Fachmann der Kriegsmarine stammt, überschrieben: „Der chinesisch-japanische Konflikt bringt eine Bestätigung der französischen Abrüstungstheorie.“ Kurt Lenz.

Tiroler Landtag anerkennt Heimwehr als legale Polizei!

Wien, 10. März. Dem Tiroler Landtag lag gestern der Antrag des Finanzkontrollamtes vor, die Unterfertigung privater Formationen (Heimwehren) einzustellen. Dieser Antrag wurde abgelehnt und von der bürgerlichen Mehrheit ein Gegenantrag eingebracht, der die Landesregierung ermächtigt, eine Kompolizei aufzustellen sowie eine technische Rothilfe zu organisieren und für deren Aufwände im notwendigen Maße anzukommen. Dadurch werde die Tiroler Heimwehr vom Landtag als legale Polizei anerkannt. Ihre Waffen werden von der Landesregierung aufbewahrt und die Organisation der technischen Rothilfe wird von eigens bestellten Landesangestellten durchgeführt.

Der pater patriae.

Paris, 10. März. (Habas.) Der Senat hat mit 261 gegen eine Stimme einen Gesetzesentwurf angenommen, in dem es heißt: Briand hat sich um das Vaterland verdient gemacht.

In Schanghai Epidemiegefahr.

Paris, 10. März. Wie die Agentur Indo-Pacific aus Schanghai meldet, befürchtet man in der internationalen Konjession den Ausbruch einer Epidemie, da in der Chinesenstadt und in Tschepe viele Leichen unbestattet liegen.

Tagesneuigkeiten

Einem Totenopferhufaren zum Gedenken!

Bei einer nationalsozialistischen Versammlung in Potsdam, der der Exronprinz als Veranstaltungsteilnehmer beizuhören, um Prinz August von Preußen als Werbendener anzuhören, logte der nationalsozialistische Prinz: „Ich weise darauf hin, daß Brüning im Namen des deutschen Volkes Frankreich zum Tode verurteilt hat. In dies nicht eine Schande, wo doch Frankreich unser Erbfeind ist und bleiben wird.“

Dieser Bemerkung sei entgegen mit dem Hinweis, daß sich unter den Zuhörern der Versammlung eben gerade jener Herr befand, der einmal, als sich die deutschen Truppen im Feuer von Verdun in ihrem Blute wälzten, und er den Frontabschnitt vor Verdun kommandierte, veranlaßt fühlte, seinem Gegner, dem französischen Kommandanten, aus Anlaß des Jahreswechsels eine Sendung Champagner zukommen zu lassen nicht herzlichen Glückwünschen. Daraus folgt erstens: Daß, wer in einem Glaswein sitzt, nicht mit Steinen schmeißen darf, und zweitens:

Daß diese Herren nichts anderes können, als ihre Mitmenschen bis zur Stodochse blöd zu machen durch Verbeugung, um für ihre eigene Person daraus Profit zu ziehen; die Rot des einfachen Plänklers sieht sie nicht an, sie gleitet an ihnen ab, sie betrügen die Menschheit mit dem äußerlichen Brant ihrer ganzen Unpersönlichkeit und Eitelkeit! Während sie große patriotische Reden halten und Forderungen stellen und gestellt haben, verbergen sie hinter diesen Forderungen die eigene Gier nach Macht und Ruhm! Macht und Ruhm sind aber für diese Herren sehr greifbare Dinge und es sei nur daran erinnert, daß sich bis heute aus jenen Kreisen, welche dem Prinzen August von Preußen Gefolgschaft leisteten, genau so wie im Krieg, niemand noch durch eine Tat seine Verbundenheit mit dem deutschen Volk und seiner Rot bekundet hat, was aus den beharrlichen Ansprüchen auf die Fürstenabfindungen ersichtlich ist. Während sie einerseits gegen die Tribute wehnen, die zum Teil ja durch ihre politische, und, im Kriege, auch strategische Unfähigkeit bedingt sind, verlangen sie andererseits, daß die ihnen so verdächtige Republik auf Grund unalter Vorrechte und daraus abgeleiteter neuzeitlicher juridischer Drehs ihnen Summen in phantastischer Höhe als Abfertigung ausbezahlt hat.

Sind das keine Tribute? Tribute der Dummheit könnte man fast sagen! Für dieses Entgegenkommen wissen diese Herrschaften der Republik keinen anderen Dienst zu erweisen und dem gebührenden Dank sich erkennen zu lassen, als gegen Volk und Republik zu wehen, Versammlungen einer Partei, die die Rot der Zeit durch Mord und Völkerverhetzung zu heilen versucht, zu zieren und hinter dem Wort sozialistisch das eigene Raudrittertum zu maskieren.

Es wäre schon hoch an der Zeit, daß sich in Deutschland endlich alles, was ehrlich und anständig ist, auf sich selbst bezieht und mit offener Energie unter diesen moralischen und politischen Desperados Ordnung schafft!

Ein gewisser Totenopferhufar aber soll sich ein wenig plüschlich daran erinnern, daß seine „Belichtheit“ in der Republik, welche ihm die Rückkehr gestattete, an die Bedingung geknüpft war, politisch in der Versenkung zu verschwinden! Statt auf Versammlungen zu sitzen, die gegen die Republik gerichtet sind, wäre es vielleicht doch ratsam, am häuslichen Herd in Dels zu verbleiben und im stillen Kämmerlein darüber nachzudenken, wie so es zu den herrlichen Zeiten kam, welchen man gemeinsam mit dem Herrn Papa das Volk entgegengeführt hat! Der Hufar.

Ueberfüllte Irrenanstalten.

Die die Landesanstalt für Geisteskranken in Sternberg verlaufbar, ist die Anstalt mit Patienten überfüllt. Der ursprüngliche Betrag von 780 Betten wurde um 120 vermindert, er reicht aber nicht, so daß der Rotbelag von 1070 Betten eingeführt werden mußte. Hochzeitliche Sorgen, die durch die Krise verursachten, Sorgen um die Existenz der Geistes- und Nervenkrankeiten stark vermehrt haben. Auch die anderen Anstalten während sind überfüllt. Platzmangel ist auch in der Landesirrenanstalt in Olmütz, wo in einzelnen Abteilungen die Kranken auf dem Boden oder zu zweien in einem Bett untergebracht werden müssen.

„Bund des Todes.“

London, 10. März. Die „Times“ bringt Enthüllungen ihres Berichterstatters in Tokio über die Hintergründe der letzten politischen Morde in Japan. Sie berichten, daß die japanischen Behörden auf die Spuren einer geheimnisvollen Organisation gekommen seien, die sich „Bund des Todes“ nennt. Die beiden Mörder des ehemaligen Finanzministers Inoué und des Baronens Takuma Dan gehörten diesem politischen Geheimbund an, in dem, wie die japanische Polizei erklärt, unerfahrene junge Leute dazu überredet worden seien, für die Sache der Religion und der Vaterlandsliebe politische Attentate zu begehen. Das Treiben der Bande ist jetzt durch die Aussagen einer ihrer Angehörigen, namens Aizawa, der sich freiwillig bei der Polizei meldete, aufgedeckt worden.

Der „Bund des Todes“ erhielt, wie der Berichterstatter weiter meldet, seine Waffen von dem Bruder eines buddhistischen Priesters und einem japanischen Flieger. Der Priester hatte auf einer Londoner Konferenz der Marineflieger kennengelernt und mit ihm, der die gleichen faschistischen Ideen hatte, wie er selbst, den Grundstock zu der Organisation gelegt. In Japan schloß sich den beiden ein Schullehrer an, der unter der ländlichen Bevölkerung für die Organisation warb. Der buddhistische Priester suchte unter den Gläubigen Anhänger. Der Marineflieger fand bei den Kämpfern um Schanghai am 15. Feder den Tod. Später wurde von einem anderen Mitglied der Bande Baron Takuma Dan getötet.

Die Polizei fahndet nach dem Priester und dem Lehrer. Sie hat zwei Politiker verhaftet, die einer väterländischen Organisation angehören und die dem „Bund des Todes“ nahegestanden haben.

Einer gegen hundert.

New Orleans, 10. März. (Reuter.) Ein wegen Diebstahl verhafteter Neger, der auf das Polizeikommissariat geschafft worden war, ergriff dort einen auf dem Tisch liegenden Polizeibeholder und hielt über eine Stunde 100 Polizisten in Schach. Zwei Polizisten, die eine verdächtige Bewegung machten, schoß er nieder; einen dritten verletzte er schwer. Schließlich gelang es einem Polizisten den Neger durch einen Schuß niederzuwerfen, worauf er gefesselt wurde.

Der siebenfache Mörder.

Wien, 10. März. Die polizeiliche Untersuchung gegen den vielfachen Mörder Leithgöb in Linz wurde heute beendet und Leithgöb in die Haft des Landesgerichtes in Linz eingeliefert. Durch das Verhör Leithgöbs wurde festgestellt, daß er sieben Morde begangen hat. Dem Täter werden noch weitere vier Morde zugeschrieben, die er aber nicht eingestanden hat. Diese vier Morde leugnet Leithgöb mit aller Entschiedenheit und die Untersuchung zeigt, daß Leithgöb die Wahrheit spricht. Widersprüche bestehen bloß darin, ob Leithgöb die Verbrechen in räuberischer Absicht begangen hat, wie die Polizei behauptet, oder im Zustande sexueller Unzurechnungsfähigkeit, wie Leithgöb behauptet.

Briands Leiche ist gestern früh vom Sterbehause in der Avenue Meber nach dem Augenministerium übergeführt und im Uhrensaal aufgebahrt worden. Ministerpräsident Tardieu und mehrere andere Minister der Regierung waren bei der Ueberführung zugegen. In allen Straßen, die der Zug passierte, wurde der Sarg von der Menge begrüßt. Die ehemaligen Mitarbeiter Briands am Quai d'Orsay übernahmen die Totenwache. Sie werden von einer Delegation ehemaliger Frontkämpfer abgeholt werden. Ab gestern ist das Publikum zum Uhrensaal zugelassen.

Zum Selbstmordversuch des Soldaten Erdina gibt das Landesmilitärkommando in Prag bekannt: Rittmoch, den 9. d. M., schoß sich in Chlumec nad Cidlinou der Soldat des Artillerieregimentes Nr. 1, Matthias Erdina in selbstmörderischer Absicht an. Der Verwundete wurde in das dortige Bezirkskrankenhaus gebracht. Wie festgestellt wurde, bilden nicht militärische Gründe das Motiv der Tat, sondern es handelt sich in diesem Falle um rein private Beweggründe. Die in der Donnerstagspresse veröffentlichte Version, als ob Erdina an einem schweren Gelenksrheumatismus litten und daß er trotz dieses Leidens eine Entlassung bei der Erfüllung seiner Wehrpflicht nicht erreichen konnte, entspricht keineswegs den Tatsachen. Im Gegenteil, es kamen alle Vorgesetzten Erdina in jeder Beziehung entgegen. Als Erdina am 17. Feder l. J. wegen eines kleineren körperlichen Gebrechens aus der Offizierschule in Leitmeritz zum Regiment zurückkehrte und bei dieser Gelegenheit um eine leichtere Beschäftigung ansuchte, wurde er sofort in der Kanzlei dem Rechnungswortmeister der Kompanie zugeteilt, wo er sich auch bewährt hatte. Schließlich mußte noch hervorgehoben werden, daß Erdina beim Militärprobandienste nach Ablauf seiner Dienstzeit zu verbleiben gedachte.

Das Eisenbahnministerium hat, wie es uns mitteilt, für das Jahr 1932 den Bau von 16 Motorenwagen, 70 Schienenautobussen und zwei Lokomotoren sämtlich an inländische Firmen vergeben. Die Lieferungen müssen bis zum Ende dieses Jahres gerätet werden.

ist das nicht Gotteslästerung? Mit dieser Frage leitet unser Karlsbader „Volkswille“ folgenden Bericht und dessen Kritik ein: Das „Kleine Kirchenblatt“ für katholische Kinder vom 6. März d. J. bringt unter der Ueberschrift: „Zur Himmelsheimat nicht's mich hin“ folgende Notiz:

„Der hochwürdige Herr Viktor Kemner von Rajah, Tschechoslowakei, schreibt: Am 2. Dezember 1931 starb in Gdian der kleine Schulanze Hans Krippner, im Alter von elf Jahren. Er war so bescheiden und lieb gegen alle, daß ihn jeder gern haben wollte. Seit er das Kleine Kirchenblatt kannte, holte er es wöchentlich bei dem Wind und Wetter aus dem entlegenen Pfarrorte und brachte es seinen Mitschülern. Well nun der kleine Hans so gut war, wollten ihn die Engel als Kameraden im Himmel haben und der liebe Gott hat ihren Wunsch erfüllt. Er schickte dem braven Anaben eine süßliche Pals-

krankheit und fern von seiner trüblichen Heimat, ganz abgesehen von seinen lieben Eltern und Schulkameraden, aber um so inniger vereint mit seinem lieben Jesus, ging er zu ihm in den Himmel hinauf.“

Nur katholische Geistliche, denen niemals ein Weib — wenigstens offiziell nicht — ein Kind geboren, können so gotteslästerlich schreiben. Nach der Meinung dieses Herrn Paters hat der liebe Gott den Engeln zuliebe den kleinen Hans sterben lassen, obwohl er wissen mußte, daß er damit den Eltern des Knaben unsägliches Leid zufügt. Die werden da wohl diese schwergeprüften Eltern darüber denken? Die Notiz ist ein neuer Beweis dafür, welche herzlose Menschen da oft im Priesterrock stecken und welcher Umfang von solchen „Seelsorgern“ getrieben wird. Wenn Arbeiterkellern es ablehnen, ihre Kinder noch länger in diesem Geiste erziehen zu lassen, so ist dies nur allzu begründet.

Das dritte Todesopfer des Nordes in der Prager Karlsbasse. Donnerstag nacht ist im Prager Krankenhaus auch der Gastwirt Strubj seinen Verletzungen erlegen. Der mutmaßliche Mörder Vetrovsky leugnet noch immer, obwohl mittlerweile der Fund der Geldbörse des ermordeten Wirtes im Keller, wo am Lichtschalter Blutspuren festgestellt wurden, weitere schwere Indizien gegen Vetrovsky bringt. Er verantwortet sich noch immer dahin, daß er selbst von einem großen Mann überfallen und gestochen worden sei.

Der erste weibliche deutsche Rechtsanwalt in der Tschechoslowakei. Die Gattin des ehemaligen sozialdemokratischen Bürgermeisters von Saaz, M. Dr. Ambros Janka, Frau Dr. phil. Margarethe Janka, legte, wie uns berichtet wird, die Advokatenprüfung mit Erfolg ab; sie ist damit der erste weibliche deutsche Rechtsanwältin in der Tschechoslowakei geworden.

Flughafen Karbitz. Aus Karbitz bei Aussig wird uns berichtet: Die Errichtung des Flugplatzes auf den Meierhöfchen zwischen Karbitz und Priesien in der Nähe der Eisenbahnlinien Komolan-Bodenbach und Aussig-Komolan-Eger erscheint nach den nunmehr bezüglich der Grunderwerbungen positiv beendeten Verhandlungen gesichert. Der Besitzer der Grundflächen hat die für den Landungsplatz erforderlichen Wiesenflächen an die Interessenten zu einem ermäßigten Preise verpachtet, so daß schon bei Eintritt günstigerer Witterung mit dem Beginne der Planierungsarbeiten gerechnet werden kann. An dem Flugplatz führt auch die Staatsstraße Teplich-Bodenbach-Dresden vorbei, so daß die Lage für den gedachten Zweck als geradezu ideal bezeichnet werden kann.

Auf der Landstraße vom Tode ereilt wurde, wie uns gemeldet wird, die 53jährige Anna Ritor aus Westeck bei Kralowitz, die auf dem Wege zwischen Wilschob und Saaz einen epileptischen Anfall erlitten hatte und hilflos liegen geblieben war. Erst nach Stunden wurde die Unglückliche tot aufgefunden. Man nahm vorerst ein Verbrechen an, doch hat die Obduktion einwandfrei ergeben, daß die Frau an den Folgen ihrer Krankheit auf der Straße gestorben war.

Gegen das Erpreßerunwesen in Amerika. Offenbar unter dem Eindruck der Entführung des Lindbergh-Babys hat das Repräsentantenhaus sich zu einem energischen Schritt gegen das Erpreßerunwesen in USA. entschlossen. Es hat ein Gesetz angenommen, das die Abschaffung von Drohbrieffen durch die amerikanische Post zu einem Verbrechen gegen den Bund erklärt, welches mit 20 Jahren Gefängnis und 5000 Dollar Geldbuße zu bestrafen ist.

Die Reform der französischen Schwurgerichte. Aus Paris wird gemeldet: Das Amtsblatt der französischen Republik veröffentlicht den Text des Regierungsentwurfes über die Reform des Schwurgerichtes. In Frankreich hatte das Schwurgericht bisher nur eine passive Anteilnahme bei der Urteilsfällung. Die Geschworenen beantworteten nur die direkten Schuldfragen, und ein dreigliedriges Richterkollegium setzte nach den Antworten der Geschworenen automatisch die Strafen (Todesstrafe, lebenslängliche Zwangsarbeit, Zwangsarbeit für eine Reihe von Jahren, schwerer Kerker) fest oder fällt einen Freispruch. Nach der Reform werden sich die Geschworenen nunmehr auch an den Beratungen der Richter über das Strafmaß beteiligen und gleichzeitig mit den Richtern über die Festsetzung der Strafe je nach den Umständen stimmen. Der Vorsitzende des Gerichts (der dritte Richter) wird als letzter seine Stimme abgeben und so bei Stimmengleichheit entscheiden. Man erwartet, daß diese Reform den bisherigen Automatismus der Geschworenen beseitigt, die einerseits allzuharte Strafen festsetzten, andererseits Schuldige des öfters völlig freisprachen. Die Advokaten nehmen zu der Reform einen günstigen Standpunkt ein, und auch die Presse bezeichnet sie als eine Wendung im französischen Gerichtswesen. Die Reformvorlage wurde in der Vorwoche vom Parlamente angenommen.

Riccardos neuer Plan. Die „Neue Augsburger Zeitung“ berichtet, daß Professor Riccard einen zweiten Stratosphärenflug plant, der wiederum von Augsburg aus seinen Ausgang nehmen soll. Die neue Ballongondel werde in Lüttich hergestellt und soll bereits Ende Mai nach Augsburg kommen. Professor Riccard und sein Assistent Ripper werden an dem zweiten Flug nicht teilnehmen.

Gerichtet. Aus New-York wird gemeldet: Der britische Dampfer „Laganant“ fand auf hoher See den amerikanischen Kohlendampfer „Bardleben“ auf, der machtlos ein-

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag.

Prag: 11.00 Schallplatten, 18.05 Literatur für die Jugend, 18.25 deutsche Sendung: Schützener: Die Instrumente des Orchesters, 19.20: Tamburitzanzkonzert, 20.00 Konzert. — Brünn: 16.10 Orchesterkonzert, 18.25 deutsche Sendung: Spanische Lieder, 21.00 Volksblasmusik. — Berlin: 16.00 Die Jugend spricht, 19.10 Mozart. — Breslau: 19.00 Film im Funk. — Königsberg: 20.30 Winterabend. — Leipzig: 19.30 Männerchöre, 20.30 „Boccaccio“, Operette von Zuppe. — Rühlaker: 14.00 Chorgefang. — Wien: 19.30 Emil Bauer, 22.25 Johann und Josef Strauß.

Spiegel der Wellen war. Der amerikanische Dampfer verlor während eines starken Sturmes durch einen Wellenschlag sein Steuer und trieb dann drei Tage lang auf offenem Meere umher. Die ganze Zeit hindurch belief das Schiff jedoch seine Maschinen in Gang, um durch die Wellen nicht umgekippt zu werden. Der britische Dampfer „Laganant“ nahm die Mannschaft des „Bardleben“ mit an Bord.

Die Grippe in Breslau. In Breslau waren am Donnerstag 102 Schulen und 283 Einzelklassen wegen Grippe geschlossen. Die Schulverwaltung teilt, ist der Höhepunkt nunmehr überschritten und ein Abflauen der Grippe im Gange.

Eisenbahnstation Bad Schredenstein. Laut Uebereinkommen zwischen den tschechoslowakischen Staatsbahnen und der Gemeinde Schredenstein wird bei den Thermalbädern ab 1. Mai 1932 eine Eisenbahnstation unter dem Namen „Bad Schredenstein“ errichtet werden.

Die ersten Schwälben werden aus Wien gemeldet: Auf der Südbahnstrecke sind bereits die ersten Stämme der zurückgekehrten Schwälben beobachtet worden. Sie haben in Höfen und Stallungen Einkehr gehalten, und die Leute streuen ihnen reichlich Futter, um die ermatteten Tiere bis zum Eintritt besseren Wetters zu erhalten.

Der frühere italienische Ministerpräsident Paolo Boselli ist gestern im Alter von 93 Jahren in Rom gestorben. Boselli entstammte einem alten Geschlecht seiner Vaterstadt Savona und wurde dort am 8. Juli 1838 geboren. Er war ursprünglich Rechtsanwalt in Turin und später Professor der Finanzwissenschaft an der Universität Rom, 1888 war er zum ersten Mal Minister und zwar hatte er das Portefeuille des Unterrichts inne. Er war Anhänger Giolittis, vollzog aber während des Krieges eine Abkehrung von ihm. Als Salandra 1916 zurücktrat, übernahm Boselli das Ministerpräsidentium, von dem er im Oktober 1917 wieder zurücktrat. Seit dieser Zeit ist er nicht mehr aktiv hervorgetreten.

Sonderzüge zur Mustermesse. Die Staatsbahn veranstaltet Sonderzüge mit Verpflegung zur Mustermesse, und zwar: am 15. März d. J. von Karlsbad für K 98.— und am 20. d. M. von Bodenbach für K 80.— d. i. beide Fahrten, Mittag- und Abendessen, Eintrittskarten zur Messe und Filmausstellung. Anmeldungen sofort an Kassa 18, Prag-Masarykbahnhof oder an Sonderzugsdirektor Prag-Nord (H. Brodovitz 7). Abfahrt von Karlsbad etwa um 5 Uhr, von Bodenbach etwa um 6 Uhr, ab Komotan um 6 Uhr früh. Anlauf in Prag etwa um 9 Uhr, Rückkehr von Prag etwa um 23 Uhr. Für nähere Zwischenstationen Ermäßigung.

Die Staatsbahndirektion Prag-Nord macht darauf aufmerksam, daß, wenn sich bis Freitag der 11. ds. um 12 Uhr nicht mindestens 100 Teilnehmer zu dem Ausflugszug nach Schwetdberg und zum Keilberg gemeldet haben werden, dieser nicht abgefahrert wird. Nach Meldungen vom Donnerstag liegt der Schnee in Schwetdberg 60 Zentimeter hoch und die Temperatur beträgt minus 8 Grad bei häufigem Schneefall. Der Preis beträgt inklusive Hin- und Rückfahrt, Frühstück und Kasse K 68.—. Anmeldungen sind sofort an die Kassa Nr. 18 auf dem Masarykbahnhof zu besorgen.

Tod eines bekannten Seefahrers. Aus Genua wird berichtet: In Genua starb im Alter von 86 Jahren der bekannte Seefahrer und Marineoffizier Enrico de Albertis, der als erster auf dem kleinen Schiff „Mario Clotilde“ den Suezkanal durchstieß und auf ähnlichen kleinen Booten dreimal die Welt umsegelte. Einmal begab er sich unter genauer Einhaltung der Fahrtroute Kolombus nach Amerika.

Rühlender Brand. In der Mühle des Alois Weitz in Olmütz-Bohos brach gestern früh nach Mitternacht aus bisher noch unbekannter Ursache ein Brand aus. An der Brandstätte waren zehn Feuerwehrmannschaften erschienen, doch gelang es ihnen nur, das anliegende Wohngebäude zu retten, während die Mühle bis auf die Grundmauern abbrannte. Die Decken des dreistöckigen Gebäudes stürzten ein und begruben Maschinen und Borräte unter ihren Trümmern. Erst in den Vormittagsstunden konnten die Feuerwehren, deren Anstrengungen durch den Frost sehr erschwert wurden, den Brand zu löschen. Das Wohngebäude mußte gestrichelt werden, da die Gefahr bestand, daß die durchgehenden Wäuser einfließen. Der Materialschaden wird auf über eine Million Kronen geschätzt und ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache wird von den Sicherheitsbehörden untersucht, da der Verdacht einer Brandlegung besteht.

Haben Sie eine Freundin?

Sonn'igen Sie ihr die "Mugischens". Sie wird dieses vorzügliche Brauwortwörterbuch sehr schätzen!

Eingepreist 60 Heller, in jeder Anzahl erhältlich. Vierteljährlich mit Postaufschlag 1,20.

Verwaltung: Frau II., Wien 10, Kärntnerstr. 18.

Finanzier einer Raufgiffschmugglerbande im Exzess verhaftet.

Auf dem Hauptbahnhof in Mannheim wurde aus dem Rheingold-Exzess heraus der griechische Bankier Elopoulos verhaftet. Elopoulos kam von Rotterdam und wollte in die Schweiz. Die Unterbrechung der Reise in Mannheim geschah auf Grund der Ermittlungen und auf Veranlassung des Raufgiffdegenerates der Berliner Kriminalpolizei. Diese Stelle hat den sofort nach Berlin übergeführten Bankier auch schon verhaftet; der Verdacht befragt sich, daß Elopoulos der Finanzier einer der größten internationalen Raufgiffschmugglerbanden ist. Ein anderes führendes Mitglied dieser Bande, der Raufgiffhändler bei Gracia, genannt "Little Angelo", ist bereits am 3. Dezember vorigen Jahres festgenommen worden.

Der Hamburger Hund.

Auch die Verhaftung des Gracias war im Zuge, und zwar im Jülich-Berlin-Exzess erfolgt. Die Vernehmung des Verhafteten bei Anhaltspunkte genug, um der gefährlichen Sache, die bei Gracia betrieb, näher auf den Grund zu geben. Die intensive Zusammenarbeit der Polizeibehörden von Berlin, Hamburg, Paris, Marseille und Konstantinopel war von Erfolg gekrönt: es gelang, im Hamburger Freihafen ein riesiges Raufgiff-Lager aufzuspüren. 600 Kilogramm Heroin und 200 Kilogramm Morphin wurden beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde in Hamburg ein gewisser Becker verhaftet; der Mittelsmann zwischen den Raufgiffhändlern in Europa und Asien und den europäischen und amerikanischen Lieferanten; ferner — in Berlin — der afghanische Staatsangehörige Mos, dessen Name übrigens noch nicht einwandfrei festgestellt; schließlich — in Paris — der griechische Staatsangehörige Gurevides.

Schrankkoffer mit Doppelböden.

Trotz dieser Verhaftungen mußte das Berliner Raufgiffdegenerat konstatieren, daß der internationale Raufgiffschmuggel in größerem Ausmaß weitergeführt wurde. Aus bei Mos beschlagnahmten Papieren wurde der Schluß gezogen, daß ein Schiffsfrachttransport mit größeren Quantitäten Heroin von Hamburg nach Tientsin (China) abgegangen sein muß. Die chinesische Polizei wurde auf künftige telegraphische Wege auf das Eintreffen des Schiffes aufmerksam gemacht. Als der verdächtige Dampfer im Hafen von Tientsin eintraf, wurde er genau durchsucht. In drei Schrankkoffern mit Doppelböden fand man zahlreiche Kilogramm-Päckchen mit Heroin.

In China sollte das Gift an den Mann oder besser gesagt — ins Volk gebracht werden. Mit höchem Gewinn natürlich. Schon lange machen sich die internationalen Raufgiffkapitalisten auf Kosten

Massensterben amerikanischer Erwerbsloser

Millionen sind obdachlos — Ueber zwei Millionen auf der Wandererschaft — Landarbeiter leben von Obst.

Von Fritz Gutheil (New York).

Amerika war schon immer das Land der großen Gegensätze. Ungeheurer Reichtum und trostlose Armut lagen bereits früher nahe beieinander. Aber niemals bisher in der Geschichte dieses jungen Staatswesens hat die Not so ungeheuren Umfang angenommen wie in diesem Winter.

Während in Europa der durch die kapitalistische Gesellschaft zur Untätigkeit Verurteilte mit Hilfe des Staates vor der größten Not bewahrt bleibt und die öffentlichen sozialen Einrichtungen in Krankheitsfällen einspringen, ist in Amerika jeder Erwerbslose auf die private „Wohltätigkeit“ angewiesen.

Erst kürzlich hat das Parlament den Antrag auf die Einführung einer staatlichen Erwerbslosenunterstützung wieder mit großer Mehrheit abgelehnt. So bleibt die Unterstützung der in Not Befindlichen ganz der privaten Wohlfahrt überlassen, die zwar große Summen zusammengebracht hat — Wohltätigkeit gehört in Amerika zur Geschäftsklasse — die indessen bei weitem nicht ausreichen kann, um

zwei Millionen Erwerbslose

(nach der Berechnung eines großen New Yorker Blattes) vor den schlimmsten Entbehrungen zu bewahren.

Die erwähnte Zeitung hat einige Reporter mit dem Studium der Lage der Erwerbslosen im ganzen Lande betraut. Die Schilderungen lassen die furchterliche Lage von Millionen in vollem Umfange erkennen. Es werden Mitteilungen über Verhältnisse gebracht, die an die Verhältnisse in manchen Gegenden Deutschlands kurz nach dem Dreißigjährigen Krieg erinnern. Besonders schlimm liegen die Dinge in den kleineren Industriestädten und auf dem Lande. Ein Bericht aus einem Städtchen im Staate Oklahoma beklagt, daß dort seit Oktober nicht weniger als 1000 Erwerbslose vor Hunger gestorben seien. Es sei überhaupt ein

Massensterben

unter den seit langem Beschäftigungslosen festzustellen, das erschreckend sei. Die Sterblichkeit unter diesen Kreisen habe gegenüber dem Normalstand um mindestens 50 Prozent zugenommen.

Wohl am furchtbarsten haben die Landarbeiter unter der Krise zu leiden. Sie haben kein Heim, können keine Arbeit finden und müssen mit ihren Familien zu Tausenden im Freien kampieren. Oft sind ihnen von den Verwaltungen der Landdistrikte notdürftige Baracken errichtet worden, die indessen besonders in hygienischer Hinsicht völlig unzureichend sind. Während der Sommerzeit war der Aufenthalt im

der Bernstein der chinesischen Armen, die sie bewacht ins Verderben führen, reich. Ebenso wie in Kgypten, ist auch im fernen Osten die Raufgiffschmuggler zu einer wirklichen Not des ausgebeuteten und bedauernswürdigen Volks geworden.

Paris—Köln.

Man sucht man nach dem Finanzier der Bande. Nach den bei del Gracias, Mos und Gurevides aufgefundenen Papieren ging hervor, daß der Bankier

Freien noch erträglich und die weiten staatlischen Wanderreisen ernährten die Menschen. Aber der strenge Winter, besonders im mittleren Westen, hat Hunderttausende in eine furchtbare Lage gebracht.

Nach der Meinung der genannten Zeitung kann die Not der Erwerbslosen überhaupt nicht schlimm genug geschildert werden. Auch von ihren Organisationen bezogen die Arbeiter kaum noch Unterstützung, weil

die Verbände selbst zum Teil vor dem Hunger

kämpfen. Kein Wunder also, daß die Kriminalität in phantastischem Umfange zugenommen hat. Ganze Kolonnen brechen am hellen Tage irgendwo ein, nur um ins Gefängnis zu kommen und ein Dach über dem Kopf zu haben. Im Süden hat die Erwerbslosigkeit zu Regerverfolgungen geführt, weil die Weissen die noch in Beschäftigung stehenden Schwarzen zu vertreiben suchen.

Die Zahl der nomadisierenden Erwerbslosen wird von offizieller Seite zur Zeit auf über zwei Millionen geschätzt. Allein in Kalifornien an der warmen pazifischen Küste befinden sich über eine halbe Million Erwerbslose aus den östlichen Staaten, die dort Schutz vor den Unbilden des Winters suchen. An der Küste des Meeres befinden sich kilometerlange Zeltlager, in denen die Erwerbslosen sich aufhalten. Zahlreiche Obstgärtner unterstützen sie dadurch, daß sie ihnen gestatten, für ihren eigenen Bedarf sich Obst zu pflücken, das sonst ohnehin am Baum schlecht werden würde, da die schlechten Abkühltemperaturen und die niedrigen Preise die Pflückkosten nicht lohnen. Dadurch werden in Kalifornien augenblicklich mindestens 100.000 Erwerbslose vor dem Hungertod gerettet.

Die Eisenbahngesellschaften stellen ausgebaute Viehwagen kostenlos zur Verfügung, um dadurch das Transportwesen, d. h. das Mindestmaß mit seinen großen Gefahren zu unterbinden. Die Regierung gibt den Eisenbahngesellschaften für diese Beförderung bisweilen auch Mittel.

Die Badeorte der oberen Pazifik haben für erwerbslose Wanderer neuerdings Eintrittsverbote erlassen, weil sich die Herrschaften durch Bettelarmen gestört fühlen. Sie haben an den Zugangstrecken große Küchen eingerichtet, wo den Bettlern gratis Essen verabfolgt wird, wenn sie sich verpflichten, wieder umzukehren.

So sehr das Amerika des Jahres 1932 aus dem Wohlstand der vergangenen Jahre, die eine Folge des Kriegeschaubildes war, ist nicht übriggeblieben als einige Millionenvermögen, während Tausende vor Hunger sterben.

der Grieche Elopoulos zu sein scheint. Elopoulos unterhält in Athen und Paris ein Kaufgeschäft. Die ausländischen Behörden wollten zuerst nicht zur Verhaftung schreiten, da ihnen das Befragungsmaterial noch nicht ausreichend erschien. Das Berliner Raufgiffdegenerat war anderer Meinung. Es nahm Veranlassung, Elopoulos verhaften zu lassen, als er Deutschland durchkreuzte. Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Verhaftung des Bankiers vollst. gerechtfertigt war. Elopoulos ist einer der Haupt-



Emil Jannings als „Gustav Bunte“ in dem Erich Pommer-Tonfilm der Ufa „Stürme der Leidenschaft“.

schuldigen der del Gracias-Bande, die allein in den letzten Monaten für etwa drei Millionen Mark Morphin und Heroin verschoben haben dürften. Weitere Festnahmen sind bevor.

Weiteres

Das glückliche junge Ehepaar hat eben einen faulelnagelneuen Kinderwagen erstanden, und zugleich nach dem Kauf wird die erste Spazierfahrt des Stannuhalters angetreten. Das junge Glück wäre ungetrübt gewesen, wenn nicht die Passanten mehr oder weniger grinsend die Waise vom Spießling zu den Eltern und zurück hätten schreien lassen. Endlich wurde dem jungen Vater das Verhalten der Leute zu hart und er unterbrach arglos den neuen Wagen. Da hing vorn noch ein Schild: „Eigene Fabrikation — das Beste, was wir bieten können.“

Der Katalog.

Die großen Warenhäuser in Amerika verenden an ihre Kundenschaft Kataloge, in denen eine Anzahl von Waren, jede mit einer Nummer versehen, angeboten werden.

Ein Farmer im Westen bestellt bei dem New Yorker Haus Smith u. Co. drei Rollen prima distretes Papier. Eilendung. Die Firma dankt höflich für den lebenswichtigen Auftrag, schickt reich bebilderten, biden Katalog und bittet um Angabe der betreffenden Katalognummer, damit Artikelnummeriert werden.

Der Farmer telegraphiert zurück: „Besten Dank top. Bestellung durch Katalogendung erledigt.“ (Aus dem „NY“)

Bücherschau.

„Gespensier am Toten Mann.“ Von P. C. Erizhoffler. Wies-Verlag G. m. b. H. Köln. Unter den Freiwilligen, die in den ersten Monaten des Krieges voll Begeisterung eingetrieben waren, fand sich auch der Verfasser. Tamals ein Sechszehnjähriger. Ohne die Vorstellung von der Schreckhaftigkeit des Krieges. Das erste Kriegsgespensier besagte seiner zur Schlachtdunst geführten Kolonne auf dem Transport in Gestalt eines von der Front kommenden Zigarettenpäckes. In dem Wagen blühte Menschen, blindeckende Verbände am Gesichter, Köpfe und Arme. Ein Todschütter, der aus zerbrochenem Gefäß immerzu Hurra! schreit. Da veranlaßt zum erstenmal die Begeisterung und allen schließlich eifrig Leben über die Kopfhaute. Im Kubquartier, wohin die Kolonne zur Auffüllung der Bestände kommt, erleben die Kriegsfreiwilligen Tage des Schreckens. Ein Feldweibel jagt sie durch Pfützen und verblutete Granatlöcher, als sollten sie für ihre Bereitwilligkeit, das Vaterland zu verteidigen, bestraft werden und bald verfallen alle Ideale im Kraft des Schlamm des Exzessfeldes. Noch weit von der Front legt eine Granate brüllend in die Kompanie hinein und zerlegt zwanzig Mann zu blutigen Brei. Nach einigen Wochen Spital folgen die Verwundeten dem Auf der Front. Schwere Kämpfe, Stürmen und Anleihen. Zweihundertzig Stunden widerstandsfähiges Trommelfeuer. Zweihundertzig Stunden in der Hölle. Zweihundertzig Stunden im Nestel eines Vulkan. Zurückbare Kämpfe Mann gegen Mann. Rad der Weisheit die Citronat. Demissionen. Kurzer Kautentball in der Heimat. Liebe, Hunger, Trostlosigkeit. Gespensier auch hier. Schmale, blaue Kinder, die hungrig zur Schule gehen, noch hungrier aus der Schule kommen. Frauen, verdäunte, ausgegrenzte Frauen überall. Vor den Lebensmittelgeschäften unendliche Menschenmengen. Das Volk wild mit Haken, mit Stachelfäden und blauen Hoffnungen schüttelt. Die Totengäber sind plebejischste Leute: „Sehnsuchtschmerz Große und Klüber helen auf dem weiten und breiten Schlachtfeld des Hungers.“ In Deutschland allein. So war der Krieg! Und wieder

weilher Weise er auf andere Menschen seiner Umgebung wirkte. Völlig „behandelt“ er jeden auf individualist. Art. Mundes Lehren helen jedenfalls bei mir auf fruchtbaren Boden. Er hielt auf eine ähnliche Lebensweise und verlangte, daß man alles mit anderen teilen sollte, was man besaß. Als mir mein Vater einmal hundert Dollars schickte, veranlaßte mich dieses, fünfundsiebzig davon meinem Mädchen zu schenken. Ich hätte nicht das Recht, sagte er, alles für mich allein zu behalten.“ Angel Mundes laubte aus feinsinniger Weisheit: heraus und doch ist sein Buch voll kluger Gedanken und ausgezeichneter Beobachtungen. Er schreibt in dem 400 Seiten harten Buch über Frauen, Kerze, über seine Tierliebe, über zahlreiche hervorragende Menschen seiner Zeit und seine faszinierenden Schilderungen führen uns in fast alle Hauptstädte Europas. Eigenes und fremdes Sozial findet an ihm einen glänzenden Darsteller. Von wunderbarer Poesie durchdrungen ist sein Bericht über eine Reise durch Gappland, ersäuernd seine Schilderungen des Erbesebens von Messina und der Cholera-Epidemie in Neapel. Alles in allem das Buch eines edlen, gütigen Menschen, voll des Verständnisses für die leidende Kreatur, in klarer, schöner, prägnanter Sprache geschrieben.

„Das Buch von San Michele.“ Von Axel Munthe. Paul List Verlag, Leipzig. Axel Munthe, Arzt und Dichter, hat als Dreißigjähriger, halb erblindet, die Geschichte seines an seelischen Wegeblissen und Erlebnissen reichen und bunt bewegten Lebens geschrieben. Nicht systematisch und chronologisch, er hat Helmut ohne genaue Bezeichnung der Zeitfolge Episoden und Abschnitte herausgelöst und in einer Reihe dichterisch bedingter Erzählungen gefasst, wobei er, wohl durch romantische Phantasie verleidet, mitunter Dichtung und Wahrheit ineinander verschmelzen läßt. Sein Leben lang ist dieser Dr. Axel Munthe, der in seinem Buche niedergelegten Lebenserinnerungen in San Michele, seinem einieman Inselheim auf Capri geschrieben hat, ein Mensch besonderer Art gewesen. Er war Schüler des berühmten französischen Reizmittelheilers Charcot, seine zahlreichen Patienten schrieben ihm gewisse hypnotische Kräfte zu und Clara Sheridan, die Autorin des berühmten Buches „Ich, meine Kinder und die Großmutter der Welt“, die viele berühmte Männer anderer Zeitalters kennen lernte und auch Munthe auf Capri besuchte, schrieb über ihn: „Seine Reigungen und Talente waren von vorzüglicher Art. Er verstand sich auf Kunst, und man konnte seinem Klavierpiel Stundenlang lauschen. Er war ein Kenner griechischer Skulptur. Von Zeit zu Zeit wies er uns legenden prächtiges griechisches Bruchstück vor und sagte, er habe es aus dem Meer gefischt. Sein Haus glied einem Museum. Vor allem war er Naturforscher: er liebte Tiere und wachte über Blumen, Bäume und Vogel Geheiß mit der Eifer eines angebotener Begabung... Ich weiß nicht, in

„Don Juan.“ Roman von Mirko Jelenc. N. G. Zweifelhö Verlagshandlung, Wien—Leipzig. Das erstmal hat Mirko Jelenc durch seinen auf gründlichen historischen Forschungen und scharfer psychologischer Erfassung beruhenden Roman „Casar“ das Augenmerk auf sich gelenkt. Seine neueste Schöpfung ist geeignet, trotz mancher Unwände, die man gegen seine Auffassung der Gestalt des großen Sevillaner Herzschreier erheben mag, die für sein Schaffen gewichte Kulmenarbeit noch mehr zu verhärten. Denn wieder erweist er hier, daß er ein wahrhafter Dichter und kein Roman ein Kunstwerk ist. Anders als herkömmlich ist eine Einstellung zu dem Problem des Don Juan. Er ist ihm nicht der Erber Biederlich der Geschlechtsurbe, als der er früher in der internationalen Literatur gestaltet wurde, nicht der erotische Hühner und gewöhnliche Verführer, er sucht in seiner Seele vorzubringen und schreibt ihm faulliche Dinge zu. Was den Frauenvererber dazu trieb, sich aus einem Abenteuer in das andere zu hüngen, das war nicht Sinnenslust, sondern die Sehnsucht nach der einen, seinem Ideal, der Erlöserin, das Suchen nach wahrer Liebe, die ihm all die vielen anderen Frauen-erlebnisse nicht zu geben vermochten. In den einzelnen Kapiteln, die ebenso viel Frauengestalten bedeuten und die vom Dichter mit den Lobfunden, mit Hoffart, Bitterkeit, Ironie, Leidenschaft und Weisheit identifiziert werden, hält sich Jelenc im wesentlichen an die traditionelle Don-Juan-Sage, aber in steigendem Maße läßt er bei dieser tollen Lebenslage die vornehmende Schwärze des Enttäuschten erkennen, der bei den vielen statt wirklicher Liebe aus idealen Erlass findet. Der ewig Suchende und durch alle Tüden Gebiete findet schließlich Gefindung von seiner Dual und seinem Taleinsetel in einer ihm ausstreichenden Vision der ewig-Mittlerischen, der ihm als Kindheits Erinnerung stets vor der Seele lebenden Jungfrau Maria. Der Inhalt des Romans ist farbige, das Tempo fiebernd, leider kommt einem die Don-Juan-Schicht auch nach den Handlungsveränderungen des Dichters nicht menschenlich näher als in der Legende. Doch ist es ein mit dinstreichender Lebendigkeit geschriebenes und kunstvoll gefirmtes Werk.

„Zeitensprache.“ Dreimaldreißig Geschichten von Hans Frank. Verlag Georg Müller, München. Poeten wie dieser Hans Frank sind heute fastlich gefast. Er breitet eine reiche Fülle von Kurzgeschichten vor uns aus und kann eine ist nureigenen, die nicht lebenswichtig erscheinen. Es sind Geschichten aus den verschiedensten Zeiten, lauter und sicher geformt, farbenhaft, ernst und humorvoll, legendenhaft, kokettartig, die zusammen ein abwechslungsreiches, prächtiges Diorama ergeben. In der dritten Gruppe der Sammlung, „Wohin?“ befindet, die die mit seinem Geißel gezeichneten Bilder aus anderen Tagen enthält, fesseln besonders die Erzählungen... auf daß ihr nicht... „Lust“, „Boulier und Bauer“, „Lüge?“ und „Leben.“ Der Autor wirkt nicht durch die Wahl großeffektiver Reize, um so mehr durch die Vielfalt seiner Fülle und durch die Kunst seiner Gestaltung der Menschen und Dinge.

